

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jede oder deren Raum 40 Pf.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 16. Dezember 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Boerenkrieg

Ist zu einem weltgeschichtlichen Ereignis geworden wie weiland
der deutsche Bauernkrieg mit den verschiedenen andern Bauern-
kriegen. Und es gewinnt fast den Anschein, als werde der

Man hat die südafrikanischen sowie auch die australischen
Kolonen Englands häufig mit dessen amerikanischen Kolonen
verglichen, und — in England selbst — es als etwas Natür-
liches betrachtet, daß sie in absehbarer Zeit sich selbständig

Das ist in England millionenmal gesagt worden — es
ist eine hausbadene Wahrheit, und in zahllosen Reden,
Zeitungsartikeln und Schriften hat man, gestützt auf das

Die Entdeckung der Diamant- und Goldminen in dem Boeren-
Gebiet unterbrach plötzlich die friedliche Entwicklung und den
Verschmelzungsprozeß. Die internationale Spekulation wurde

Die Boeren, welche das Spiel durchschauten, thaten das
Bemühteste, was sie thun konnten: sie rüsteten sich zum
Widerstand und drehten, sobald sie bereit waren, den Spiel-

Richtung nach Kimberley entsandt worden ist, sind direkt auf
Herrn Rhodes zurückzuführen.

Der Weg nach Kimberley, der Diamantenstadt, und nach
Bretoria und Bloemfontein, den Hauptstädten der
zwei Schwesterrepubliken, ist mit Niederlagen der Engländer

Drei Eigenschaften werden den Boeren von allen englischen
Militärs und Zeitungs-korrespondenten auf dem Kriegsschauplatz
zugesprochen: Kaltblütigkeit, Beweglichkeit und Treffsicherheit.

Und was die Fähigkeit und Ausdauer der Boeren betrifft,
so giebt der nämliche "Standard" ihnen folgendes Zeugnis
(in der Nummer vom 8. Dezember): "Die Boeren haben die

Der "Standard" meint, man müsse einen entscheidenden
Schlag führen und die Boeren fangen. Aber zum Fangen

In England beginnt man das einzusehen.
Die Jingo's lassen die Köpfe hängen und Herr Chamber-
lain, der mit Recht für diesen "frivol und verbrecherisch heraus-

Von der liberalen Opposition ist nichts zu erwarten. Sie
hat das feige Schlagwort des "Patriotismus" sich zugelegt:

Von fremden Regierungen ist nichts zu erhoffen. Sie
alle fürchten die englische Seemacht. Einzig vom eng-
lischen Volk kann die erlösende That kommen: eine

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 15. Dezember.
Dumm aber stark.

Der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Herr
v. Kröcher, äußerte, wie wir nachtragen wollen, im Reichstag

Der Staatssekretär sagte ironisch auf den Entwurf des Abg.
v. Kardorff, wie mühten einen starken Mann haben, er würde
sich freuen, wenn dieser starke Mann sich fände, und auf seinen

Nerven. Fürst Bismarck hat einmal zu seinem König gesagt:
Unter Umständen kann ich mir den ehrenvollsten Tod auf
dem Schafott denken.

Wir kennen also sehr den starken Mann nach dem Herzen
der Konservativen, der der Socialdemokratie an die Gurgel
springen soll: Einen brutalen, stumpfsinnigen Kerl mit eisernen

Wenn es der Berliner Polizei gelegentlich einmal ge-
lingen sollte, einen Mörder zu erwischen, so wird sich wohl
Herr v. Kröcher darum bemühen, daß dieser starke Mann

Der Unternehmer als Erzieher.

Nachfolgend veröffentlicht wir einen Geschäftsbrief des Buch-
verlags von Johann Louis Lohse, Königl. Grobherzoglicher und
Herzoglicher Hoflieferant in Hohenstein-Ernstthal (Sachsen),

Hohenstein-Er., im November 1899.

Hochgeachteter Herr Kommerzienrat!

Es wurden neuerdings in unseren großen nationalen
Blättern Stimmen laut, die als das geeignetste Mittel, dem
Aufwachsen der Socialdemokratie einen Damm entgegen-

Da nun Sie, hochgeachteter Herr Kommerzienrat, in Ihrer
vom Landesfürsten selbst ausgezeichneten
herausragenden socialen Stellung gewiß Interesse
für Fragen von so großer allgemeiner Bedeutung haben,

Deutscher Reichs-, Kriegs- und Militärkalender.

Der außer dem gewöhnlichen Kalendereinhalte im vergangenen Jahre
von herausragender Schriftstellerhand die Schilderungen der Ereignisse
des deutsch-französischen Krieges 1870/71 brachte und in diesem

Gibt es wohl ein besseres Mittel zur Erhaltung und Er-
weckung von Vaterlandsliebe und Vaterlandsliebe, als das tägliche
Bedenken an die ruhm- und glanzvollen Zeiten des herangewachsenen

Die Hinterwände meines historischen Gedankens stellen in
künstlerischem Bilde die entscheidende Momente aus der neuen
deutschen Geschichte dar (verkleinerte Abbildungen der Hinterwände

Vereits im vergangenen Jahre hatte ich das Vergnügen, von
einigen größeren Verlagen des Westfalens und des Rheinlandes
nambhafte Bestellung auf mein Verlagswerk zu erhalten, und

Es wurde mir ferner noch mitgeteilt, daß diese Weihnachtsgabe
seitens der Arbeiter mit Freude begrüßt wurde und daß seitens der
Direktion erkannt worden sei, daß, ohne daß der Arbeiter den

Ich gestalte mir daher, hochgeachteter Herr Kommerzienrat, Ihnen
die ergebene Anfrage zu unterbreiten, ob Sie vielleicht geneigt sein
wüßten, auf die Ihnen zur Führung anvertrauten Affären in

Es sind im vergangenen Jahre 100 000 Exemplare meines
"Deutschen Reichs-, Kriegs- und Militärkalenders" hinausgegangen
in das Reich und die Auflage in diesem Jahre beträgt 1/4 Million.

Zu Anbetracht des guten Zweckes gebe ich meinen "Deutschen
Reichs-, Kriegs- und Militärkalender" noch unter Selbstkostenpreis
zu M. 36.— per 0/0 oder M. 350.— per 0/00 ab. Der Ladenpreis



Eines weiteren Kommentars bedarf diese Anekdote wohl nicht und ich über Ihre Aufschreibung, hochgeachteter Herr Kommerzienrat, zern entzogen.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergebent  
Loh.

Eines weiteren Kommentars bedarf diese Anekdote allerdings nicht. So sehr die geschäftliche Absicht in ihr hervortritt, so richtig ist doch die Spekulation auf die Deutlichkeit des Kommerzienrätlichen Unternehmertums, das die Nichterfüllung seiner sozialen Verpflichtungen hinter patriotischen Traktaten verbirgt und die Arbeiter vom Streben nach Erhöhung ihrer kulturellen Position durch Verherrlichung des Streikhandwerks hinwegzuziehen vermag.

### Vom Schutze der Bauarbeiter.

Die deutschen Bauarbeiter haben besonntlich bei ihrer eifrigen Tätigkeit für die Schaffung und Fortentwicklung eines wirksamen Arbeitergesetzes insofern einen immerhin beachtenswerten Erfolg errungen, als sich die bayerische Regierung nach einer Konferenz von Regierungsbeamten, Unternehmern und Arbeitern und unter dem Eindruck einer Anzahl erschreckender Baumfälle zu einer Verschärfung der Bau-Kontrollvorschriften unter gleichzeitiger Anstellung von Controlloren aus den Reihen der Arbeiter entschlossen hat.

Der hierzu erforderliche Gesetzesentwurf ist soweit fertig gestellt, daß er den Unternehmern auf deren ausdrücklichen Wunsch zur nochmaligen Stellungnahme vorgelegt werden konnte.

Die Innungsmeister sind es namentlich, die jetzt den borniertesten Widerstand gegen die verhärtete Kontrolle, besonders aber gegen die Anstellung von Arbeitern als Controlloren leisten. Die Innungsmeister waren es, die an dem Entwurfe so gut als alles anzufangen hatten, und ihr Organ, die von Herrn Kellisch redigierte „Baugewerks-Zeitung“ erhebt einen Wodolam, dessen Refrain der bekannte Satz vom „Herrn im Hause“ ist.

Herrn im Hause wollen die Kellischianer sein. Es sei eines achtbaren Meisters unwürdig, seine Tätigkeit von einem seiner früheren Arbeiter übergeben zu lassen. Es sei demütigend und empörend, sei der Anfang zum Zukunftsstaat und dergleichen dummes Zeug mehr.

Mit einer anderen Gruppe der in der „Baugewerks-Zeitung“ gegen die Arbeiterkontrolle erhobenen Einwände wollen wir uns aber etwas ernsthafte auseinandersetzen. Das Blatt meint, Arbeitern fehlen die nötigen technischen Kenntnisse, die ein Baucontrollor, wolle er eine ernsthafte Kontrolle ausüben, unbedingt haben müsse, und sodann änderen sich die Verhältnisse auf einem Bau fortwährend, so daß eigentlich, wolle man den Gedanken komischen durchführen, bei jedem Bau ein Controllor ununterbrochen anwesend sein müßte. Die jetzt vorgeschlagene Art der Kontrolle würde dazu führen, für jeden Bau einen von der Behörde angestellten, ständig anwesenden Bauaufsichtler aus den Reihen der Arbeiter anzustellen, und schließlich würden geprüfte Poliere von der Behörde zur Bauleitung angestellt werden, so daß der Meister nur noch zum Zahlen da wäre, usw. usw.

Der Gedanke mit den behördlich angestellten geprüften Polieren, um das gleich vorweg zu nehmen, ist übrigens ganz erwägendwert. Es liegt dem Bauwesen ein öffentliches Interesse für solche ständige Kontrolle vor; nicht bloß für die an dem Bau beschäftigten Arbeiter, sondern auch für die zukünftigen Bewohner wäre das sehr beruhigend.

Will man aber davon absehen, so muß allerdings zugegeben werden, daß — und das gilt für die Überwachung aller Betriebe, nicht bloß der Bauten — die gelegentliche Inspektion durch besondere Aufsichtsbearbeiter niemals genügt wird, um die dauernde Beobachtung aller Bauvorschriften durchzuführen, wenn der Unternehmer sein Privatinteresse zum leitenden Prinzip macht.

Soll die Betriebskontrolle wirklich ausreichend sein, dann muß sie von den in Betrieben beschäftigten Arbeitern selbst ausgeübt werden können. Das ist aber unmöglich ohne feste Organisationen, die jede Maßregelung der Arbeiter zu verhindern imstande sind. **Unbedingte Koalitionsfreiheit** und ausreichender gesetzlicher Schutz für die Koalitionen und die Ausübung des Koalitionsrechts sind das wichtigste Erfordernis für einen wirksamen Arbeiterschutz. Erst wenn die Arbeiter selbst kontrollieren, wenn sie wirtschaftlich in eine Lage versetzt sind, daß sie nicht um des Verdienstes willen gezwungen sind, bei der Arbeit zu hegen und die Satzungschriften außer acht zu lassen, wenn sie verhindern können, daß der die Beachtung der Satzungschriften Fordernde gemahregt wird, erst dann kann der technisch und praktisch vorgegebene staatliche Aufsichtsbearbeiter seine Aufgabe bei den gelegentlichen Revisionen wirklich erfüllen.

Zugleich ist das in Bayern ergriffene Auskunftsamt wohl als ein Schritt zum Besseren anzusehen. Daß der Aufsichtsbearbeiter praktisch und technisch gebildet sein soll, wird niemand bestreiten. Aber erstens sollen die in Bayern anzustellenden Arbeitercontrolloren doch nur Assistenten der oberen Aufsichtsbearbeiter sein und deren technisches Wissen durch ihre praktische Erfahrung ergänzen, und schließlich sollen sie die Vertrauensleute ihre Kollegen sein. Das technische Wissen in Ehren — aber die praktische Erfahrung ist ebenso notwendig, und die dürfen die Arbeiter bei der bisherigen Kontrolle nur allzu oft vermissen. Und ebenso notwendig muß der Arbeiter in dem, dem die Kontrolle anvertraut ist, den Mann seines Vertrauens sehen, was leider zur Zeit auch nur sehr selten der Fall ist.

Darum ist das Verlangen nach Betriebscontrolloren aus den Reihen der Arbeiter durchaus berechtigt und darum ist eine solche Einrichtung auch als ein Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu begrüßen.

## Deutsches Reich.

### Das Wdhener Manifest und sein Ende.

Die Stimmische „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ setzt ihr Handwerk der Fälschungen in Sachen des Wdhener Manifestes mit einer erstaunlichen Ausdauer fort. Es ist uns ganz gleichgültig, ob sie in jenen Reden, daß es sich um keine offizielle Parteifundierung gehandelt habe, anerkennt oder nicht. Das Manifest enthält keinen Satz, den wir nicht vertreten könnten. Aber die Stimmische „Korrespondenz“ hat eine neue Entdeckung sich aus den Fingern gefangen. Es giebt nämlich nach ihr nichts weniger als drei Wdhener Manifeste.

Ein Eingeständnis von der Verlogenheit des „Vorwärts“ zu erzwingen, ist ein ebenso schwieriges wie langwieriges Unternehmen. Aber in Sachen des Wdhener Manifestes ist es gelungen, ein solches Eingeständnis herbeizuführen, wenn auch noch mit einigen Klauseln. Am 30. November, also nach dem durch viele Zeitungen gegangenen Artikel „Was ist's mit dem sozialistischen Wdhener Manifest?“, wollte der „Vorwärts“ noch immer von einer „ordinären Fälschung eines Zeitungsartikels“ reden, d. h. eines Artikels des Züricher „Socialdemokrat“. Nachdem er sodann auf die Verlesung des Wdhener Manifestes durch den Minister v. Puttkamer in der Reichstags-Sitzung vom 30. März 1881 mit der Nase gestoßen wurde, hat er sich zu dem Eingeständnis bequemt, daß es außer jenem „unschuldigen“, dem „Vorwärts“ angeblich nur besamtem „Socialdemokrat“-Artikel auch noch ein „Flugblatt“ giebt, von welchem, wie der „Vorwärts“ nunmehr am 8. Dezember einguräumen für gut findet, Herr v. Puttkamer in der Reichstags-Sitzung vom 30. März 1881 gesprochen hat. Nun soll aber dieses „Flugblatt“ nach Behauptung des „Vorwärts“ eine „offizielle Parteifundierung“ nicht darstellen und soll weiter dem „Socialdemokrat“-Artikel „entsprechen“. Aber dieses Flugblatt entspricht keineswegs dem Wdhener Manifest, das Herr v. Puttkamer damals im Reichstage seinem vollen Wortlaute nach verlesen hat. . . . Die von uns angeführten Stellen revolutionären Inhalts, deren Existenz der „Vorwärts“ ableugnen will und auf

die es in Sachen des Herrn Dr. Arons gerade ankam, finden sich zwar in dem durch Herrn v. Puttkamer verlesenen Wortlaut des Wdhener Manifestes, nicht aber in dem „Flugblatt“ und nicht in dem „Socialdemokrat“-Artikel. Darans ergibt sich folgender Sachverhalt. Zuerst ist das Wdhener Manifest als offizielle Parteifundierung erschienen, so wie es Herr v. Puttkamer im Reichstage verlesen hat. . . . Dieser Versuch (den Charakter einer offiziellen Parteifundierung zu leugnen) würde ja um so vergeblicher sein, als lange Tage des von Herrn v. Puttkamer verlesenen Manifestes ebenso in dem offenbar einige Tage später von dem „Walter“, aber ohne Hinweis auf den Auftrag des Kongresses, verlesenen „Flugblatt“ wiederkehren, wir dann auch wiederum später in dem „Socialdemokrat“-Artikel, nur daß in beiden letzteren Fällen die revolutionäre Tendenz des Manifestes einigermassen verwässert wurde. Zu welchem Zwecke das geschah, ist leicht begreiflich; es ist doch schon damals Leute, welche auf die später so beliebt gewordenen Mauerungslegende hereinfielen, und gab es damals doch noch viel mehr Leute als heute, welche einwand nahmen, sich einer angesprochenen revolutionären Partei anzuschließen. . . . Also es bleibt dabei: das Wdhener Manifest ist eine revolutionäre offizielle Fundierung der Socialdemokratie, die ein Mann, wie Herr Dr. Arons, in Betracht ziehen mußte, als er sich der socialdemokratischen Partei anschloß.

Die Fälscherwerkstatt der genannten Korrespondenz hat demnach drei Wdhener Manifeste erzeugt:

1. Das echte, gretsch revolutionäre Manifest, das Herr v. Puttkamer im Reichstage am 30. März 1881 verlesen hat.

2. Das von uns erwähnte, verwässerte, Walter unterzeichnete Flugblatt.

3. Der unschuldige Artikel des „Socialdemokrat“, auf den sich unsere Genossen Arons und Heine berufen, als die schamlose Fälschung des Jacherischen Polizeiberichts, der auch der Prof. Ester zum Opfer gefallen.

Leider ist diese Dreiflingarbeit von Wdhener Manifest eine krankhafte Einbildung der „Korrespondenz für Fälschungen“. Die Nummern 1, 2 und 3 sind nämlich wortwörtlich identisch. Es ist nichts verwässert worden, keine revolutionäre Wendung gestrichen worden, kein Wort auch nur gemildert worden. Puttkamer hat das unter Nr. 2 bezeichnete Flugblatt verlesen, und dieses Flugblatt ist der genaue Abzug des „Socialdemokrat“-Artikels, dem nur, gemäß der Flugschriftform, am Anfang ein die Rede enthaltender Absatz hinzugefügt ist, und bei dem aus demselben Grunde der Schlusssatz insofern redaktionell geändert ist, als die dritte Person des Zeitungsartikels mit der zweiten Person der direkten Rede vertauscht worden ist. Somit giebt es keinen Unterschied zwischen dem Puttkamerischen Manifest und dem „Socialdemokrat“-Artikel. Oder doch, um ganz gewissenhaft und ganz genau zu sein, eine Verschiedenheit ist doch festzustellen: In den amtlichen Stenogrammen des Reichstages ist an einer Stelle infolge eines Druckfehlers ein sinnloses „Abstraktion“ zu lesen, während es in dem „Socialdemokrat“-Artikel richtig „Abstention“ heißt.

Die Genossen Arons und Heine hatten angenommen, daß die Jacherische, von Ester übernommene Fälschung an dem „Socialdemokrat“-Artikel verübt wäre. Sie wußten nicht, daß der edle Jacher sogar gewagt hat, an dem amtlichen Reichstagsstenoogramm und der Puttkamerischen Rede die Fälschung anzuführen. Sachlich entsteht dadurch kein Unterschied, da ja der Zeitungartikel und das Puttkamerische Manifest identisch sind. Insbesondere gilt das von der Hauptstelle und der Hauptfälschung, die wir wiederholen wollen:

Dem die erdrückende Mehrzahl der deutschen Socialdemokraten hat sich niemals dem Wahn hingegeben, daß sie ihre Grundzüge in aller Friedlichkeit auf dem rein „gesetzlichen“ Weg würde durchsetzen können, d. h. daß die bevorrechteten Klassen freiwillig und ohne Zwang die bevorrechtete Stellung aufgeben würden. Wir haben vielmehr jenen Satz stets in dem Sinne verstanden, daß wir einerseits für Anwendung aller vorhandenen gesetzlichen Mittel und wenn auch noch so kleinen „Rechte“ zur Förderung unserer Zwecke, d. h. gegen jede politische Abstention — als ein ungehörigstes Verleitenwerden brauchbarer Waffen — sind, und daß wir andererseits zu einer friedlichen „gesetzlichen“ Lösung der sozialen Frage durch Unterhandlung zwischen den beiden einander entgegenstehenden Klassen und dadurch ermöglichte, allmähliche, organische Entwicklung bereit sind, weil wir unseren Lehren die Kraft vertrauen, auch bei nur einiger Bewegungsfreiheit im geistigen Kampfe den Sieg zu erringen. Daran aber, daß wir, wenn uns die herrschenden Klassen jeden „gesetzlichen“ Weg abschneiden, deshalb auf die Durchführung unserer Grundzüge verzichten würden, — daran hat noch kein deutscher Socialdemokrat je gedacht, und es galt von je als selbstverständlich, daß uns in diesem — nach den Erfahrungen der Geschichte voraussetzlichen — Fall jedes Mittel recht sein müsse. Will es nicht diegen von oben herab, so muß es brechen von unten hinauf!

Die bei Jacher fehlenden Sätze sind mit Sperrdruck, die bei Ester enthaltenen, aber von Ester gestrichenen Sätze sind durch Fettdruck hervorgehoben.

Heine behauptete, die Sätze seien aus dem „Socialdemokrat“-Artikel fälschend gestrichen. Das mag ein Jertum sein, sie mögen aus dem von Puttkamer bekannt gegebenen Flugsatze gestrichen sein.

Jedenfalls sind, wie wir nochmals feststellen, jene, die „revolutionären“ Stellen „verwässert“, das heißt erklärenden, und deshalb von Jacher-Ester ausgenommenen Zwischenätze auch in der allein echten reichstagsnotorischen Fundierung vorhanden, die weil das „echte“ Puttkamer-Manifest und der „verwässerte“ Zeitungsartikel identisch sind, in dem Verhältnis eines in einem Journal veröffentlichten Aufsatze zu einem unveränderten Sonderabdruck stehen.

Wir glauben, daß nach dieser Darstellung es selbst der geübten Jacher-Korrespondenz nicht mehr gelingen wird, an dem „Wdhener Manifest“ weitere Klünste zu probieren. Sie muß sich schon nach einem anderen Objekt umsehen, um an ihm ihre Schwindelnummer anzuführen.

### Der erste Patriot.

Dem Flottenverein und seinem Organisator Victor Schweinburg, dem zuerst in seiner Seele die Bedeutung der deutschen Seegewalt aufgegangen, widmet die „Tägliche Rundschau“ einige erdauerte Betrachtungen:

Herr Victor Schweinburg ist im Flottenverein abgethan, aber er ist vom Stamme jener Asra, welche sich frohgemut durch die Hintertüre wieder in das Haus schlängeln, wenn man sie veranlaßt hat, sich durch die Vorderthüre hinauszugehen. Als Thüröffner bewußt sich für ihn die Herren Arupp und Jenke, die den Not und das Beispiel ihres gescheiterten Kollegen Quack, sich rechtzeitig von dem anständig gewordenen Prebendaten loszusagen, noch immer nicht befolgt haben und ein merkwürdig

intensives Interesse an den Tag legen, Herrn Schweinburg irgendwie im Verein eine einflussreiche Stellung zu sichern und so den Flottenverein . . . auch weiter zu einem Schutzeverein für Stahl und Eisen zu degradieren. Wir verhehlen diesen Eifer des Herrn Arupp, der doch nicht bloß ein Großindustrieller ist, sondern auch den Ruf eines Patrioten und eines Gentleman besitzt, nicht und müssen ihn, auf mangelnde Sachbezug Personenkennntnis zurückführen. Aber wäre es Herrn Arupp bei gutem Willen nicht ein Leichtes, sich diese Kenntnisse zu verschaffen? Vielleicht erkundigt er sich einmal im Reichs-Marineamt oder im auswärtigen Amt, warum man es dort hartnäckig ablehnt, Herrn Schweinburg, den bisherigen Generalsekretär des Flottenvereins, den publizistischen Vertrauensmann der Großindustrie, den „Freund“ so vieler mächtiger Herren, zu empfangen? Hat Herr Arupp schon etwas von politischen Agenten gehört? Wenn nicht, so weiß er doch ganz sicher aus seinem eigenen Verkehr mit Schweinburg, daß es Informationsdienste giebt bei der Bärle, bei der Großindustrie und vielleicht auch bei Regierungen, die sehr einträglich sind, die aber mit dem anständigen journalistischen Erwerbe nichts zu thun haben. . . . Herr Schweinburg soll ein jährliches Einkommen von 70.000 M. verdienen und in unglaublich kurzer Zeit ein großes Vermögen erworben haben, so daß er aus seinem Ueberflusse, wie z. B. aus dem „Lautsch“-Prozeße ersichtlich, auch Beamten Darlehen geben und in seinem Hause Minister bewirten konnte. Das ist vom rein finanziellen Gesichtspunkte aus gesprochen eine erstaunliche Leistung, die Keiptel vor den Geistesgaben und der Energie des Mannes abjuringt, wie überhaupt keine Karriere vom „jungen Manne“ der Norddeutschen „Allg.-Ztg.“ (nach anderer Version soll sein Anfangsstadium ein noch weit tieferes gewesen sein) bis zum Verrenten und Gastgeber von Ministern fast etwas Romantisches hat; aber um diese Romantik können wir uns nicht kümmern, sondern bloß um die Thatsache, daß der Mann Journalist, Verleger der öffentlichen Meinung, ist und um die weitere Thatsache, daß ein gewöhnlicher Journalist, und wenn er zehnmal begabter wäre, als Herr Schweinburg, solches Kunststückchen auf dem normalen Wege nicht fertig bringt, und wenn er sich die Finger wund schreibt und er der erfolgreichste Publizist des Jahrhunderts wäre. . . . Herr Arupp hat Herrn Schweinburg dem Kaiser vorgestellt und der Photograph hat diesen weltgeschichtlichen Moment für die Nachwelt festgehalten — in der Gegenwart kann man das Bild im Wintergarten bewundern — aber Herr Arupp weiß wohl nicht, daß es Offiziere z. B. des Kaisers mit ihrer Ehre nicht veränderbar erklären, mit Herrn Schweinburg zusammenzuarbeiten? Er weiß wohl nicht, daß Herr Schweinburg stolz auf die Protection des Herrn Krupp und nicht zufrieden mit seinen verächtlichen Ministerfreunden, deutschen Offizieren stolz erklären konnte: „Ich habe hier zu befehlen; denn S. M. der Kaiser steht hinter mir.“ Und derselbe Mann, der durch Krupps Protection froh genug gemacht war, zu behaupten, daß der Kaiser hinter ihm stehe, schüttelt den Kopf, die er gelegentlich von einem der Geschäftsführer des Flottenvereins in ausgiebigem Maße erhält, ab, wie der Pudel die Nische, ohne den Mann auch nur gerichtlich zu belangen. . . . Die Rolle der Großindustrie beim Flottenverein war bisher eine ziemlich verhängnisvolle. Die Herren scheinen zu vergessen, daß das Volk gegen einen Patriotismus, der auf Einträglichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, mit Recht mißtrauisch ist und absolut keinen Grund hat, für Dividenden-erhöhung durch Lieferung von Panzerplatten zu schwärmen. Der Centralverband deutscher Industrieller soll seine Interessen fordern wo er will, nur nicht im Flottenverein. . . .

Wir verhehlen nicht recht diese sittliche Enttäuschung über den ersten Flottenpatrioten des Reichs. Hat er darum im „Volk“ die Begeisterung für die Seeherrschaft entfacht, um jetzt wie ein lästiger Hausierer die Treppe hinunter geworfen zu werden? Wenn Herr Arupp, bevor er die Bundesregierungen und die Bundesfürsten über die neuen Marinepläne in Kenntnis setzt, zuerst die Großindustriellen „diskret“ unterrichtet, so ist wahrlich kein Grund, den Verwandten man dieser Industrie verächtlich zu behandeln. Etwas ist es keineswegs schlimmer, daß die Marineoffizianten im Namen des Patriotismus verdienen, als wenn die „uneigenmächtigen“ Förderer der Weltmachtflotte, die Edelherren und Reichs-, keinen Pfennig aus eigener Tasche für das erhabene Werk ausgeben, sondern die Zahlung dem durch die indirekten Steuern angelegenen Volke der Armen überlassen. Nein, Schweinburg ist nicht der Auswürfling der Flottenbegeisterung, sondern der typische und würdige Vertreter des ganzen militärisch-maximalistischen Nützlichkeitsgeschäfts.

Nebrigens kennen wir einen bedeutenden Mann, auch einen ersten Patrioten, der sich mit ganz ähnlichen Mitteln in seiner Stellung behauptet. —

Der Kanzler des Ministerrats. Wie die „Kreuz-Zeitung“ versichert, siehe es „ohne Zweifel“ fest, daß der konservative Führer, als er seiner Enttäuschung über die bisherige Amtsführung des Reichskanzlers Ausdruck gab, nicht nur die Meinung der gesamten Reichstagsfraktion, sondern auch weiterer Kreise in der Bevölkerung — und zwar weit über die sich zur konservativen Partei zählenden Männer hinaus — durchaus zutreffend wiedergegeben hat. Von der damit verbundenen Absicht, die Stellung des Reichskanzlers zu erschüttern, kann man dabei nur in völliger Unkenntnis des konservativen Wesens oder zum Zwecke der Verdächtigung reden.

Es sind Gemütsmenschen diese Konservativen. Sie sind ganz unzufrieden mit dem Reichskanzler, aber sie möchten ihn um alles in der Welt nicht wissen. Wenn sie ihn noch so hart tabeln, so soll das nur eine faule Mahnung zur Besserung, aber nicht den Wunsch nach seiner Entfernung ausdrücken.

Zu dieser Weise betrauen die Kaiser bekanntlich auch immer noch den Sturz ihres geliebten, mit dem wärmsten Mißtrauen überhäuteten — Caprioli. —

Miquels Befestigungsrede. Nach Miquels Reichstagsrede schreibt der Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“:

Die Herren Minister und Staatssekretäre saßen diesen frühen und feurigen Flottenredner des dritten Tages erstunken wie eine plötzlich erscheinende Gipse, die man nicht erwartet, vielleicht auch nicht erdeten hat. Nachts doch die ganze Kustreien den Eindruck wie ein Appell: Hier stehe ich, Herr, und was Deine Wünsche und Hoffnungen und Trümpfe und Thielmanns können, das kann ich auch und bitte, sieh, ich kann's noch besser. Es giebt Leute, die nach dieser Rede glauben, daß Herr v. Miquel wieder fest im Sattel saße und noch manches Reiterstückchen verüben werde.

Wenn Herr v. Miquel die unglücklich plumpen Mittel, die er anwandte, wirklich für geeignet gehalten haben sollte, sich zu festigen, so hätte er eine so beleidigend wiederige Meinung von unseren Zuständen, wie sie selbst ein Vertreter des äußersten Radikalismus kaum zu denken wagte. —

Eine wertvolle Ergänzung des in Nr. 200 des „Vorwärts“ veröffentlichten Artikels „Aus unserer chinesischen Pracht-Kolonie“ liefert ein uns aus unserer Gesehrte zur Verfügung gestellter Brief eines deutschen Soldaten, datiert aus Tsintan. Wir geben aus dem Schreiben das nachfolgende wortgetreu wieder: . . . Der Gesundheitszustand ist zur Zeit sehr schlecht. Wenn es jemand in Deutschland hört, so glaubt er es nicht. In den Monaten September-Oktober sind mindestens 25 Mann gestorben; in einer Woche starben allein acht Mann. Und wozu? Malaria, Darnthypus und Ruhr. Es wird einem doch eigen zu Muthe, wenn man jeden Morgen hört: „Diese Nacht ist wieder einer gestorben!“ — Und dabei liest man in Euren Zeitungen nur Gutes über Tsintan, oder wie wir es nennen „Sintan“. Ueber die Soldaten und deren Quartiere usw. wird mit Stillschweigen hinweggegangen. Im Januar trifft ein Transport Kranker in



Deutschland ein, alles Refuten, sämtlich tropendienstfähig. Diese Menschen müßten zu sehen, — nur Haut und Knochen. Ich habe in der Zeit, die ich hier bin, circa 20 Hsd. abgenommen; wir haben aber Leute, die 30 Hsd. und mehr abgenommen haben. Zur Zeit hat meine Kompagnie nur 48 Kranke und 15—20 die keinen Dienst machen dürfen. In Deutschland hat eine Kompagnie höchstens 2—3 Kranke. ... Wir sind nur ein Bataillon und hatten im September über 150, sage und schreibe einhundertundachtzig Tarpans- und Ruhrkranke. Aber wir sind in Simau und das ist weit von Deutschland. Hoffentlich werden sie zu Hause auch bald klag und überlegen sich es erst noch einmal, ehe sie sich freiwillig hierher melden. Ich rate keinem dazu!

Stellvertretend trägt diese Schilderung der chinesischen Verhältnisse dazu bei, unsere Kolonial- und Flottenfrage zu veranlassen, ihren Patriotismus dadurch zu betätigen, daß sie unsere Soldaten in China ablösen. Wie wäre es mit dem deutschen Flottenverein unter dem Kommando des Grafen v. Helldorf?

Der preussische Landtag wird durch Verordnung im „Reichs-Anzeiger“ auf den 9. Januar 1900 einberufen. —

Wollensklame. Der schwülstige Aufruf der freien Vereinigung für deutsche Flottenvorräte ist dem zum Flottenaufruf von begeisterten Publikum noch nicht genügend oerumtelt der Zeitungen zugeführt worden. Der Aufruf wird jetzt auch in Plakatgröße, schwarz-weiß-rot umrandet, an die Geldstättwelt verandt, in dem beigefügten Circular heißt es:

Der unterzeichnete Verein erlaubt sich Ihnen ein Exemplar seines Aufrufs „Für eine starke deutsche Flotte“ anbei zu übersenden mit der Bitte, denselben im Interesse der guten Sache an einer recht auffallenden Stelle Ihres Geschäftsbüros anzubringen. Weitere Exemplare stehen gern zur Verfügung.

Zu den Unterzeichnern gehören außer den unermüdlichen Flottenprofessoren Schmöller, Wagner re. allerlei Flottenarchitekten und Flottenmalern. Die deutsche „Intelligenz“ zeigt in dieser einmütigen ernsthaften Prüfung ihres politisch-historischen Denkens, wie weit sie sich entfernt hat von dem Vorbild der großen deutschen Dichter und Dichter. Diese sprachen von Civilisation und Humanität, unsere neueren „Geister“ denken auf militärische Machtstellung und Krieg zu Lande und zu Wasser. —

Die „Post“, das Leitblatt des kaiserlichen Stimm, für das Milizsystem — das ist die neueste Ueberrückung unserer überzähligen Soldaten. In einem längeren Artikel legt sie sich heute ins Zeug für die körperliche Ausbildung der Jugend und die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Ganz wie wir Socialdemokraten es verlangen, und wie es Voraussetzung ist für das Milizsystem. Wahr ist: das Stimm-Blatt hat keine Ahnung von der Tragweite seiner Forderung, denn in Wirklichkeit ist sein Artikel mit einer Klame für irgend ein beliebiges Privatunternehmen, das die Städte höherer Stände durch Jugendspiele, Sport und sonstige Anstaltungen zur Wehrhaftigkeit vorbereiten will, auch sogenannte Jugendvereine einrichtet. Am — die Jugendwehren, gebildet aus den Kindern reicher Leute, sind Spielereien, und haben sich in der Schweiz und in Frankreich als solche erwiesen. Aber sie hören auf, Spielerei zu sein, sobald alle Anaben zu ihnen herangezogen werden, wie wir wollen. Und da, wer A gefagt hat, auch B sagen muß, so muß die „Post“, wenn sie nicht inoffensiv sein will, von nun an unsere socialdemokratische Forderung der Jugendziehung zur Wehrhaftigkeit und des Milizsystems unterstützen, statt kopienmäßig darüber zu schimpfen. —

Keine Antisemiten wollen die National-Sozialen sein, wie der „Vorwärts“ neulich „gelogen“. Wenn die „Pisse“ so stark gegen den Verdacht protestiert, so widerufen wir herzlich, allerdings nicht ohne ein Gefühl der Bewunderung, daß die Herren, die zumeist ihrer Rassenaktheit nach von den Christlich-Sozialen abstimmen, sich von den antisemitischen Instinkten der Vergangenheit so radikal zu fäubern verstanden haben. —

Die Reichskommission für Arbeiterkassentil hat ihre diesmalige Tagung geschlossen. Nach Beendigung der Vernehmung der Auskunftspersonen aus dem Hörselersbette über die Sonntagseruhe in der Binnenwirtschaft wurde zur Feststellung des Verhältnisses der Verhältnisse der in Gast- und Schankwirtschaften beschäftigten Personen gefast. Als Referent fungierte Reichstags-Abgeordneter Mollenhuth, das Korreferat hatte der bayerische Ministerdirektor Herrmann übernommen. Beide wichen in ihren Vorschlägen weit von einander ab. Die Anträge des Genossen Mollenhuth sind dieser Tage von uns bekannt gegeben worden. Ihre Annahme hätte für die Tausende der im Gastwirtschaften beschäftigten Personen — wenn auch nicht alles, was diese wünschen mögen — gar nicht zu unterschätzende Vorteile gebracht. Die Kommission hat sich aber nicht für diese, sondern für die Vorschläge des Korreferenten entschieden, die weit hinter den Erwartungen auch des bescheidensten Socialreformers zurückbleiben: Den Erwachsenen soll eine ununterbrochene Ruhezeit von acht Stunden gewährt werden, jugendliche Personen unter 16 Jahren sollen von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh nicht beschäftigt werden dürfen. Diese achtstündige Ruhezeit darf auch noch an 60 Tagen im Jahr auf eine sechsstündige Ruhezeit herabgedrückt werden. Verboten soll werden die Heranziehung von Mädchen unter 18 Jahren zu ständiger Bedienung. Dies die ganze „Reform“, die in Vorschlag zu bringen es langjähriger, umfangreicher Erhebungen und Untersuchungen bedurfte. Wenn die anschließenden Berichte vorliegen, werden wir nicht ermangeln, darauf zurückzukommen. —

Bremen, 13. Dezember. (Privattelegraph.) Bei der heutigen Bürgerstimmwahl wurden beide Wahlkreise glänzend behauptet, beide Stichwahlkreise bei höchster Wahlbeteiligung erobert. —

In der II. badischen Kammer trat am Mittwoch (wie gestern schon telegraphisch berichtet), ein Streik ein. Die Regierung blieb bei der Debatte über die socialdemokratische Interpellation zur Justizhandlungsfrage und bei der Beratung des demokratischen Antrages aus und erklärte in einer Zuschrift an das Präsidium die Gründe ihres Fernbleibens vom Landtag. Als der Präsident die Streikerklärung der Regierung verlesen hatte, berichteten der Senorientonant und die Kammer, was zu machen sei. Es herrschte große Konfliktsituation, namentlich saßen auch der Führer des Centrums vom Veder ziehen zu wollen. Die Ansicht, daß verfassungsgemäß die Regierung in diesem Falle zu erscheinen nicht verpflichtet ist, drang aber schließlich durch und es lösten sich die Gemüter der bürgerlichen Opposition so sehr, daß die laipser Demokratie in der wiederangenen Sitzung auf Wunsch ihren Antrag elend verurteilte. Aus einer Aufforderung der Kammer, künftigen Gesetzen wider das Koalitionsrecht nicht mehr zustimmen, richteten die Demokraten nun eine gehorsame Bitte an die Regierung, die solchen durch ihre Abstinenz so große Sympathie für die Majestät des Volkes befehdet hatte. Der Abg. Müller begründete sehr eindringlich die ursprüngliche Fassung der demokratischen Anträge und hielt eine verspätete Philippika gegen das Justizministerium. Der Centrums-Abgeordnete Jehner sprach sachlich, aber sehr matt zum Kompromiß, nachdem von nationalliberaler Seite der bekannte frühere Schweizerianer Wittum den alten Klepper aus socialdemokratischer Zeit gegen unsere Partei geritten hatte. Am Sonnabend wird die Debatte trotz der Arbitrereinstellung der Herren vom grünen Tisch fortgesetzt.

„Umsturz“ im katholischen Gottesdienste. Aus Eifas Lothringen schreibt man uns: Der katholische Pfarrer Colbus in Saarregim, bis 1898 Mitglied des deutschen Reichstages als Angehöriger der Elffer-Gruppe, hat schon anlässlich des vorjährigen Wahlkampfes, in welchem er durch den liberalen Baron de Schmidt, den Schilling des einflussreichen Großkapitalisten Jametz, von seinem Abgeordnetenamt verdrängt wurde, seinem von Wählern geäußerten Protest gegen die Kirche socialpolitischer Leistungen Luft gemacht, die vom Standpunkt einer Stütze der bestehenden Gesellschaftsordnung als nicht ganz einwandfrei zu betrachten sind.

Jetzt teilt die „Saarländer Zeitung“ aus einer kürzlich gehaltenen Sonntagspredigt des Herrn Pfarrers und Herikalen Erzbischofen die folgende satirische Stichprobe mit:

Der Unterschied zwischen einem Fabrikdirektor oder sonst einem Arbeitgeber der Glauben hat, und einem anderen Arbeitgeber, der keinen Glauben hat, ist deutlich. Der Direktor der Glauben hat, bildet mit seinen Arbeitern eine große Familie; er liebt und pflegt sie. Der Direktor oder Arbeitgeber, der keinen Glauben hat, ist ein Tyrann und die Arbeiter sind Sklaven, die zu Arbeitsmaschinen verwandelt sind und bloß arbeiten und leben, damit der Arbeitgeber jeden Tag mehr Geld ansammeln kann. Wenn der Arbeiter die Magd der Anacht der Tagelöhner nicht mehr arbeiten können dann wirft man sie auf die Seite und läßt sie Hungers sterben. Da ist es kein Wunder, wenn der Arbeiter Socialist und Anarchist wird und sagt: „Ich habe genug gearbeitet, ich will auch das Paradies auf Erden haben wie die Reichen die bloß leben für die Lustbauteilen und den ganzen Tag in Autos fahren. Wir wollen einmal teilen — ich nehme, wo ich finde“ — und ich sage es hier, es wäre kein Diebstahl! — der Reiche soll auch einmal in der Arbeit arbeiten, er soll auch einmal hinter dem Pflug gehen. So reden mit Recht die Arbeiter, die bei Tyrannen ohne Glauben arbeiten müssen!

Den elck-schbringenden Metakalen passen natürlich diese „umwärtigen“ Anschauungen ihres pfarrerlichen Parteifreundes und früheren Abgeordneten recht wenig in den Kram. Ihre Vorkorgane suchen deshalb den Sinn der Colbusischen Worte nach Kräften umzuwenden und in der Wirkung abzuwachen. Herr Pfarrer Colbus selbst aber, den die Sache doch gewiß am nächsten berührt, hüllt sich in ebenso beharrliches als breites Schweigen. —

Wegen Majestätsbeleidigung verurteilte die Strafkammer in Tilsit einen zwischen Arbeiter zu zwei Monaten Gefängnis. Von der Strafe wurde ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet. In Klein-Zahleningen, wo der Mann in Arbeit hand, soll er im Oktober d. J. den Kaiser beleidigt haben. Die Verurteilung erfolgte, trotzdem der Angeklagte einsehenden bestritt, die ihm nachgelagte Beugung gethan zu haben.

### Ausland.

#### Die neu konstituierte socialistische Kammerfraktion.

Paris, 13. Dezember. Gemäß den Beschlüssen des Einigungsongresses haben sich die socialistischen Deputierten am Dienstag wieder zur einzigen Kammerfraktion zusammengeschlossen. Die prinzipielle Grundlage der geeinigten Fraktion bildet natürlich die Prinzipienklärung des Einigungsongresses: „Internationale Verständigung und internationale Aktion der Arbeiter; politische und ökonomische Organisation des Proletariats zum Zwecke der Eroberung der Macht und der Vergesellschaftung der Produktion; und Austauschmittel, d. h. der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische.“ Ferner erklärten die Fraktionsmitglieder „nach einer nochmaligen Reminiscenz von den Beschlüssen des Kongresses diesen beizutreten und sich zu deren Durchführung zu verpflichten.“ Schließlich ist es den Mitgliedern der Fraktion „verbieten, zugleich irgend einer anderen Kammerfraktion beizutreten.“ Die neue Prinzipienklärung unterscheidet sich scharf und vorteilhaft von der verfallenen und vorsätzlich verfaulerten Erklärung, die im Beginn der gegenwärtigen Legislatur (Juni 1898) zur Grundlage der socialistischen Kammerfraktion gedient hat. So sind denn auch die Abgg. Bourde, Verhelot und Valogé der neuen geeinigten Kammerfraktion ferngeblieben. Außerdem fehlt die Untersektion des Ministers Millerand. Andererseits sind unsere Fraktion (im Vergleich mit Juni 1898) neu beigetreten: die Abgg. Laboulière-Limoges, Létang und Ferroul (beide letzteren gehören der Kammer zur Zeit der Auflösung der Juni-Erklärung noch nicht an).

Im ganzen zählt die neu konstituierte Fraktion 36 Mitglieder: Alard, Bénézet, Boyer, Breton, Cadeno, Calvinae, Carnaud, Chauvière, Colford, Contant, Dejeante, Devèze, Jacques Dufour, Ferrero, Ferroul, Ferrusière, Fossat-Grouffier, Grouffier, Clovis Hugues, Kraus, Laboulière, Lassalle, Legitimus, Létang, Valiz, Vaire, Voulain, Xenon, Rouquet, Soubanet, Sembat, Vaillant, Pierre Bauz, Bliviani, Walter, Jévaès.

Man thut gut, sich diese Namen zu merken, denn die Depeschenbureau und die bürgerlichen Korrespondenten haben die able Gewohnheit, in Berichten über Kammerdebatten allerlei halbe und Viertels-Socialisten der linksradikalen Fraktion als „Socialisten“ schlechthin zu bezeichnen.

Zum Schiffsführer der geeinigten Fraktion wurde Carnaud, zum Schatzmeister Renoü gewählt. —

### Cestreich-Ungarn.

#### Neue Ministerkrise? Aus Wien wird dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet:

In deutschen Kreisen verlautet bestimmt, es sei abermals eine Wendung der inneren politischen Situation eingetreten. Graf Clary werde mit allen Mitgliedern seines Cabinets noch vor Weihnachten seine Demission geben, die auch angenommen werde und vor Neujahr solle ein neues Beamtenministerium folgen, das aber nur ein oberes Verwaltungsorgan sein und mit den Parteien gar nichts zu thun haben werde. Der Minister Clary werde aber nicht durch die Obstruktion der Czechen herbeigeführt, sondern durch die Schwierigkeit, die letzten Abmachungen des Ausgleichs mit Ungarn ohne Anwendung des § 14 zu erledigen, was ja Clary von vornherein unbedingt abgelehnt hatte. Der neue Ministerpräsident wird vielleicht der Minister des Inneren v. Koerber sein. Eisenbahnminister Wittel soll ebenfalls bleiben.

### Vom Sprachenstreit.

Prag, 15. Dezember. Die Czechen organisieren einen passiven Widerstand in grotem Maßstabe. Bei dem Prager Handelsgericht und bei den Kreisgerichten in Wisen, Budweis, Chrudin, Kuttenberg, Tabor und Gitschin haben die Czechen Laienrichter in Handelsfachen ihre Thätigkeit wegen Aufhebung der Sprachenverordnungen eingestellt. —

### Schweiz.

Bern, 12. Dezember. (Eig. Ber.) Eine vom Bundesrat ausgeführte politische Maßregelung wird in der Presse viel erörtert. Der Bundesrat hat nämlich den seit langen Jahren als Ueberleber im Ständerate thätigen Socialdemokraten Dr. Brühllein, Advokat in Bern, für den Posten nicht wiederergewählt, weil er im vorigen Jahre an der in Luzern abgehaltenen Versammlung der äußersten Linken eine scharfe Kritik an dem geistigen Niveau des Bundesrates übte und sich jedam für dessen Wahl durch das Volk erklärte. Erst kürzte ihm der Bundesrat die Tagesentscheidung um sechs Franks und nun folgte die vollständige Maßregelung. Eine Verteidigung dieser in der demokratischen Republik wirklich sehr sonderbaren und seltsamen Maßregelung haben wir bis jetzt in der Presse nicht gefunden, dagegen in vielen Blättern die schärfste Verurteilung. Mit änderer Satire schreibt dazu das konservative „Genfer Journal“: „Uns scheint, der Bundesrat habe sich da sehr klein gezeigt; er hätte besser gethan, die Brühlleinsche Kritik zu übergehen und dem Ständerat seinen erprobten und geistvollen Ueberleber zu erhalten. Oder vielleicht war gerade der Umstand, daß er Geist besitzt, für Herrn Brühllein verhängnisvoll. Es ist in der Verwaltung immer gefährlich, Geist zu haben; es sigen zu viele darin, die über keinen verfügen und andern den Weg nicht verzeihen.“ Der Vorgang kommt nun auch noch im Nationalrat zur Sprache, indem die Mitglieder der socialistischen Gruppen den Bundesrat darüber interpellieren, ob die gemeldete Maßregelung richtig sei und aus welchen politischen Motiven Dr. Brühllein nicht wiedergewählt wurde. Die kompakte radikale Mehrheit wird natürlich die Maßregelung gutheissen.

### Frankreich.

Paris, 13. Dezember. (Eig. Ber.) In der Generaldebatte über das Justizbudget debatierte Genosse Sembat mit gebührender Schärfe die Einleitung des Projektes „Gohier (wegen „Armeebelidigung“) und die Anwendung der „verbrecherischen“ Ausnahmegeetze wider die Anarchisten auf Gohier, eine Anwendung, die zum erstenmal in einem Verbrechen geschieht! Dant dieser Reueit kann Gohier zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt werden, während das Verbrechen ein Maximum von nur 1 Jahre lennt. ... Sembat schloß seine Rede mit den Worten: „Sollten sich Generale finden, die fähig wären, einen Staatsstreik gegen die Republik zu beschließen, so müßte die Regierung auf die Soldaten rechnen, die auf jene Generale zu schießen hätten.“ Ministerpräsident Waldeck-Rousseau antwortete recht lendenlaun, indem er die Frage auf das allehrwürdige Gebiet der „Armee-Ehre“ hinüberspielte: „Die Armee-Ehre gehört zur nationalen Domäne.“ „Also müssen gegen Gohier in widergesetzlicher Weise die Anarchistengeetze ins Feld geführt werden. Mit der gleichen Logik könnte die ganze derzeitige Regierung anarchistengehlich verfolgt werden, weil sie den „Verräter“ Dreyfus, der „Armee-Ehre“ zum Trost, begnadigt hat.“

Ein belgischer Kamelid Namens Trannoh versuchte in der gleichen Generaldebatte die Regierung über den socialistischen Einigungsongress zu interpellieren. Er verlangte einfach die Verurteilung und Auflösung des socialistischen Generalkomitees auf Grund desselben Gesetzes, das zur Verfolgung der verschiedenen Ligen gedient hat, weil das Komitee mehr als 20 Mitglieder zählte. Zugleich schwenkte der Ordnungsmann selbstverständlich das rote Geißel. Die Regierung verweigerte jede Antwort unter Berufung auf ihre früheren Erklärungen in den allgemein politischen Interpellationen. Die Generaldebatte wurde hierauf mit 267 gegen 237 Stimmen geschlossen. —

Paris, 15. Dezember. Der heutige Ministerrat beschäftigte sich mit einer Vorlage betreffend die Legung unterseeischer Kabel zur Verbindung der französischen Kolonien mit dem Mutterlande. Die Vorlage soll der Deputiertenkammer vorgelegt werden, nachdem der Finanzminister sie einer Prüfung vom finanziellen Standpunkte aus unterzogen haben wird. —

### Komplotprozess.

Paris, 15. Dezember. In den Wandelgängen des Luxembourgs Palais verlautet, der Oberstaatsanwalt würde die Anklage gegen folgende neun Angeklagte fallen lassen: Chabrier, Fresco-court, Sabran, Fontevès, Bourmont, Hamel, Vallières, Coilly, Brunet und de Vaux. Die Verteidigung würde ihrerseits auf die Vernehmung von 108 Zeugen verzichten. —

### Italien.

Aus Rom schreibt man uns untern 13. d. M.: Innerem Sieg bei den Gemeindevahlen in Mailand, über den Sie schon berichtet haben, steht eine Schlappe gegenüber, die wir in Alexandria erlitten. Hier hatten sich zum erstenmal alle gegenständlichen Parteien vereinigt, und wir blieben um 50 Stimmen in der Minorität. Ein Fortschritt war aber zu verzeichnen: wir hatten 600 Stimmen mehr als bei den letzten Wahlen im Juni. Und als weitere Gutsnachricht haben wir einen glänzenden Sieg unserer Partei in Reggio Emilia zu verzeichnen, wo wir die Mehrheit in der Gemeindevertretung erobert haben.

Der Mailänder Prozess wegen Ermordung des Bankdirektors Rotarbertolo ist der Ausgangspunkt wichtiger politischer Ereignisse. Er hat die Regierung zum ersten ernstlichen Vorgehen gegen die Mafia gezwungen, d. h. gegen die seit Menschenaltern von der Regierung teils geduldet, teils begünstigte Diebes- und Verbrecherverorganisation, die sich über einen großen Teil Italiens erstreckt. Außer dem Abgeordneten Polzello ist nun auch der berühmteste Fontana verhaftet worden, und zwar unter der Anklage, die Ermordung Rotarbertolos angezettelt zu haben. Die Verhaftung einiger Mitglieder der höchsten Aristokratie, die der Mafia Vorand geliefert, steht bevor. Ob Herr Bellou aber den Mut und die Macht hat, allen Schuldigen an den Anagen zu gehen? Es würde merkwürdige Ueberraschungen geben. —

### Spanien.

Madrid, 11. Dezember. Im Senate erklärte der Ministerpräsident Silvela, die gestrige Abstimmung in der Deputiertenkammer habe die Stellung des Cabinets keineswegs erschüttert. Letzteres werde im Amte bleiben, so lange es das Vertrauen der Königin-Regentin besitze. —

### Rußland.

Verfolgungen und Verhaftungen. Es wird uns berichtet: Aus Wilkowsk wurden 12 jüdische Vorstenerbeiter polizeilich ausgewiesen, ohne Wohnungsrecht in Polen, familiären Gouvernementsstädten und außerhalb des Anstadelungsstrichs (so wird in Rußland die Grenze genannt, außerhalb welcher den Juden der Aufenthalt verboten ist). Bedenkt man, daß den Juden schon obdient der Aufenthalt auf dem Lande verboten ist, so wird man es begreifen, wie schwer es den unglücklichen Arbeitern, welche höchstens unter einem sehr geringen polizeilichen Verdacht der Polizei standen, sein wird, für sich und ihre Familien einen Wohnort zu finden.

Bei Gelegenheit der Rekrutenabfindung versammelten sich in Witebsk am Bahnhofe zahlreiche Arbeiter zur Veranstaltung einer Demonstration und sangen revolutionäre Lieder, wobei 60 Mann verhaftet wurden.

In Warschau wurde eine geheim abgehaltene Versammlung jüdischer Arbeiter von der Polizei entdeckt. Die dabei festgenommenen 120 Arbeiter wurden nach ein paar Tagen freigelassen.

In Wilna wurde auf dem Bahnhofe ein Lehrer verhaftet, bel welchem man eine große Anzahl Exemplare der Nr. 14 des jüdischen socialdemokratischen Centralorgans „Arbeiterstimme“ gefunden hat. Das neuerdings konstituierte Lodzer Lokalkomitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Rußland und Polen“ erließ einen Aufruf an die jüdischen Arbeiter Lodzs, womit es seine Thätigkeit als offizielles Lokalkomitee beginnt. In Bjelelost wurde vom Lokalkomitee des Bundes eine Flugchrift verbreitet, in welcher die Ursachen der gegenwärtig herrschenden Krise, worunter die Arbeiter Bjelelost sehr zu leiden haben, aufzuklären versucht wurden.

In der Nähe von Kiew wurde eine geheime russische socialdemokratische Druckerei von der Polizei entdeckt. In Kiew fanden mehrere Verhaftungen statt. —

### Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In den bayerischen Orten Maydorf und Madauch wurden 5 und 1 Socialdemokraten gewählt. Ein Parteigenosse wurde ferner gewählt in Aistag und in Hedelfingen (Württemberg) und einer aus der Klasse Grundbesitzer in der Stadt Oelsnitz in Sachsen, während in Verggischhübel 2 arbeitsfähige Parteigenossen gewählt wurden.

In Schenkels wurden die Wahlen in der dritten Abteilung, wobei unsere Genossen gesiegt hatten, für ungültig erklärt. In Stuttgart sind unsere Parteigenossen zwar nochmals unterlegen, doch ist ein abermaliges erfolgreiches Anwachsen unserer Stimmen zu konstatieren. Gegen 1893 hat sich die Zahl der unabhängigen Wähler unserer Partei mehr als verdoppelt. Der letzte der diesmal Gewählten erhielt 452 Stimmen, während unsere Genossen 457 bis herunter zu 283 Stimmen erhielten.

Wie die „N. Fr. Pr.“ aus Budapest meldet, wurden in Sacz Madaras in Ungarn 40 Socialdemokraten in den Gemeinderat gewählt.

Parteiorganisation. Die Parteigenossen des 20. sächsischen Reichstags-Wahlkreises (Schöpsen-Gebiet) haben einen den ganzen Wahlkreis umfassenden Verein gebildet, der die Agitation im Kreise einheitlich zu gestalten und zu leiten hat. Der Verein hat einen aus zwölf Personen zusammengesetzten Vorstand, dessen Mitglieder



aus den hauptsächlichsten Parteivorzügen des Reiches entnommen sind und in dessen Händen die Leitung der gesamten Parteiarbeit im Reich ruht. Diese Organisationsform bricht sich in Sachsen immer mehr Bahn.

**Partei-Preffe.** Der Verlag der „Freien Presse“ in Elberfeld geht am 1. Januar aus den Händen des Genossen Horn in den Besitz der neugegründeten Handelsgesellschaft „Freie Presse“ über.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**— Grober Unfug in Sachsen.** Zwei Parteigenossen in Freiberg sollen auf Grund richterlichen Strafbefehls acht Tage Haft verbüßen, weil sie den vom sächsischen Centralcomite herausgegebenen „Agitationskalender“ auch an Nichtsocialdemokraten verteilt haben. Der Agitationskalender steht darin grober Unfug. Es ist eine extreme geniale Idee, von der die Sachsen seit einiger Zeit besessen sind — die Idee, die Ausbreitung der Socialdemokratie dadurch unmöglich zu machen zu wollen, daß man die Agitation für die socialdemokratische Idee als groben Unfug bestraft, sobald sie sich an Nichtsocialdemokraten wendet. — Aber die Extreme berühren sich.

### Gewerkschaftliches.

#### Verlin und Umgegend.

**Die Nahrungsmittel- und Plattenarbeiter** beschloßen in ihrer letzten Versammlung, über die Firma Schulz-Charlottenburg und Wagener die Sperre zu verhängen, weil dieselben ihren Pügeln Lohnabzüge gemacht haben.

#### Deutsches Reich.

**Zu einer Woche Gefängnis** wurde in Hamburg ein Antiker verurteilt, der Zettel angeliefert hatte mit Mitteilungen über Lohnhöherungen. Er hatte zu dem Ansehen keine politische Erlaubnis gehabt und hat dadurch gegen das alle Hamburgische Preßgesetz verstoßen. Und dafür sieben Tage Gefängnis.

**Der aufgelöste sächsische Berg- und Hüttenarbeiter-Verband** hielt am 11. d. M. in Zwickau eine Schlussversammlung ab, um über das noch vorhandene Vermögen endgültig Beschluß zu fassen. Genosse Horn erstattete den Bericht über die seiner Zeit gegen den Auflösungsbeschluß der Behörde eingewendeten Rechtsmittel, über die Klagen einer Anzahl Verbandsmittglieder gegen die Liquidationskommission und deren Erfolglosigkeit. Ueber die Verwendung des nahezu 6000 M. betragenden Verbandsvermögens entspann sich eine längere Debatte. Die Kommission beantragte, die Hälfte des Vermögens dem Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verband in Dortmund, die andere Hälfte der nach Auflösung des sächsischen Verbandes errichteten Sterbelaße Glad auf zuzuwenden, während aus der Mitte der Versammlung beantragt wurde, das gesamte Vermögen dieser Sterbelaße zuzuwenden, welcher seiner Zeit schon das große Vermögen der Sterbelaße des Verbandes zugewiesen worden war. Dieser Antrag wurde angenommen.

#### Ausland.

**Mit der Aussperrung in Zwickau i. V.** hat sich am 13. d. M. auch das sächsische Abgeordnetenhaus beschäftigt. Der socialistische Abgeordnete Dr. Leo Verkauf geisterte in wirksamer Weise die Brutalitäten der Unternehmer, die Parteinarbeit der Behörden für die Fabrikanten. Landrat und Gendarmen haben in der offensichtlichsten Weise Stellung gegen die Streikenden genommen. Es wurden schließlich nachstehende Anträge angenommen: „Die Regierung wird aufgefordert, ihre Organe dahin anzuweisen, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Unterwerfung der streikenden Parteien unter den Schiedspruch eines Schiedsrichters herbeizuführen trachten.“ Ferner: „Die Regierung wird aufgefordert, im geleygebendsten Wege dahin zu wirken, daß Kindern unter 16 Jahren der Eintritt in die Fabriken nicht gestattet werde.“

Im Streikgebiet selbst ist eine Verenderung noch nicht eingetreten. Die Streikenden erklären sich zu Verhandlungen bereit auf der Basis, daß vom 1. Januar ab der Jehnsfundentag zur Einführung gelangt. Da die Unternehmer direkte Verhandlungen mit den Arbeitern ablehnen, werden diese indirekt gepflogen durch Vermittlung des Landrats und des Gewerbeinspektors. Der Versuch, die Fabriken durch Streikbrecher in Betrieb zu setzen, ist länglich gescheitert.

**Der Bäckereiarbeiter-Ausstand in Prag** ist bisher für die Gehilfen durchaus günstig verlaufen. Von 1200 in den Streit getretenen haben bereits 900 ihre Forderungen durchgesetzt. Viele Meister stellen Plakate in den Fenstern aus, auf denen sie dem Publikum mitteilen, daß sie sich mit „ihren Gehilfen geeinigt“ haben, um so dem Wohlstand der Bevölkerung zu begegnen.

**Die Tarifverhandlungen der österreichischen Buchdrucker** sind beendet. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß das Minimum in allen sechs Klassen um 2 Kronen (1 Kr. = 85-90 Pf.) erhöht werde, in Wien also von 26 auf 28 Kronen. Der Tarif gilt für sechs Jahren; doch tritt nach drei Jahren in den ersten drei, den höchstbezahlten Lohnklassen eine Erhöhung um eine Krone ein. Auch für Bediende und für Rosenmeister, die eine zweite Maschine bedienen, sollen kleine Lohnerhöhungen eintreten. — Die Gehilfenvertreter erklärten sich von diesen „Jugendunfällen“ der Preisjudale nicht bekräftigt; die Verhandlungen der Gehilfen werden vielmehr erst über die Annahme des Tarifs entscheiden.

**Aus der Schweiz.** Gegen die Zentralisierung der Gewerkschaften hat sich die Arbeiterchaft in Genf mit folgender Resolution erklärt: Die Versammlung erklärt, den gemachten Neutralitätsvorschlägen nicht zustimmen zu können, noch viel weniger dem Verlangen der katholischen Organisationen auf Aufnahme eines Passus in das Gewerkschaftsstatut, der ihnen ein Vorschlagsrecht und die Erhaltung ihrer Mitglieder garantiert. Die Versammlung weist dieses Verlangen ebenso ernst als entschieden zurück.

### Sociales.

**Aus der Pfalz.** Unter den Kaplänen der Pfalz, deren Lage nichts weniger als glänzend ist, und die man recht wohl als ausgebeutete Proleten bezeichnen darf, ist schon seit längerer Zeit eine Bewegung zur Besserung ihrer Lebensstellung im Gange, die zu einer regelrechten Lohnbewegung ausgewachsen scheint. Ueber die Stimmung, die unter den jungen streitbaren Herren herrscht, giebt nachfolgende, in der in Reustadt a. d. S. erscheinenden freisinnigen „Pfälzer-Zeitung“ publizierte Zuschrift, die dem Blatte aus Kaplantkreisen zugeht, Kunde: Es heißt dort:

„Wie allgemein bekannt, liegen die Verhältnisse der pfälzischen Kapläne so sehr im Argen, daß einerseits der Gesamtlerus der Pfalz aus einem vollen Drittel von Kaplänen besteht und andererseits die Diöcese Speyer gerade wegen der Konstellation der Seelsorgsverhältnisse geradezu als ein Unikum von sämtlichen bayrischen Diözesen angesehen werden darf. Zählt doch unsere Diöcese Kapläne, die in der Vollkraft der dreißiger Jahre stehend, immer noch den unheilvollen und vom Parter ganz und gar abhängigen Posten eines „Hilfs“-Geistlichen bekleiden. Wie wir nun von ganz zuverlässiger Seite vernahmen, beabsichtigen die pfälzischen Kapläne eine Petition an den Landtag zu senden bezw. Verbesserung ihrer Lage, welcher salamitisch wirkungsvoll begegnet werden kann nur durch rasche Aenderung von neuen Pfarreien und durch die dringende notwendige Erhöhung des Kaplansgehalts.“ Also auch finanzielle Subvention? Soll dadurch die brennende Kaplansfrage in der Pfalz endgültig gelöst sein? — Das reine finanzielle dieser Frage betrachten wir mit nichtern Augen, da es uns zu sehr theoretischer Natur zu sein scheint, während wir Kapläne doch dieser hochwichtigen Frage auch eine praktische, oder besser gesagt eine ideale Seite abgewinnen müssen! Jawohl, ganz recht: finanzielle Unterstützung, rasche Aenderung von neuen Pfarreien, Resignation der absolut untauglich, weil steinernen Pfandbesitzer und last not least rechte und gerechte Kaplansbehandlung im Amt und Haus! Mangeln ein Teil dieser Bedingungen, dann ist nicht einmal von einer nähernden Lösung der Kaplansfrage die Rede!“

Also — Streik gefällig mit ein wenig Terrorismus?

**Bauarbeiter-Union.** Die Wiener Dachdecker und Baulempner bemühen sich seit längerer Zeit vergeblich, die Behörden zum Erlaß von Vorschriften zu bewegen, durch welche Schutzvorrichtungen an Dächern obligatorisch gemacht werden. Sie verlangen namentlich Selbstführung auf den Dächern, Schneefänger bei den Lichtlöchern und niedrige Mauervorrichtungen bei den Dachrinnen. An den anti-semitischen Wiener Stadtrat haben sie sich schon gewandt, doch ohne jeden Erfolg. Dieser Tage war nun eine Deputation der Gehilfen bei dem Statthalter von Niederösterreich, dem Grafen Niemannsberg. Dieser bezeichnete zwar die Wünsche der Arbeiter als durchaus berechtigt, erklärte aber, die einzige kompetente Stelle für solche Vorschriften sei der Wiener Stadtrat. Da werden die Arbeiter lange warten können, ehe ihre gerechten Forderungen erfüllt werden. Von den blödsinnigen Wiener Antisemiten haben sie gar nichts zu erwarten.

**Ueber die Holzschachtelmacher im Böhmerwalde** bringt der „Lohbauer „Vorwärts“ einige Angaben, die ein graufühiges Elend dieser armen Bewohner eines an Naturschönheiten so reichen Landstriches enthüllen. Die Herstellung der Holzschachteln geschieht in der Form der Hausindustrie. Zwischen die Arbeiter und die Fabrikanten, die die Schachteln verwenden, haben sich blutsaugerliche Zwischenhändler eingeschaltet, denen die Arbeiter auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind.

In der Familie des Arbeiters muß alles, was sich noch oder schon rühren kann, früh um 4 Uhr an die Arbeit; die alte Großmutter so gut wie das oft noch nicht schulpflichtige Kind. Wenn dann eine Familie von 4 bis 5 Köpfen von 4 Uhr früh bis 10 Uhr abends gearbeitet hat, dann kann sie 1000 Schachteln Nr. 6 fertig haben. Dafür zahlt der Agent 1,58 fl. Der Arbeiter muß aber das Holz dazu liefern, das 1 fl. kostet, er muß für 10 Kreuzer Leim dazu haben und überdies den Ausfuhrzoll von 38 Kreuzern bezahlen, so daß für die Tagelohnarbeit einer ganzen Familie 10 Kreuzer reeller Verdienst bleiben. Da sie damit unmöglich auch nur den ärgsten Hunger stillen kann, so gehen die Männer des Nachts, wenn die Arbeit beendet ist und die übrigen Familienmitglieder die arbeitsame Lagerstatt zu einem kurzen, nicht erquickenden Schlafe in der verpesteten Stube aufgeschickt haben, heim Sturm und Wetter hinaus in den Wald, der zu vielen Quadratmeilen den Wagnaten des Kaiserthums gehört, um — das Holz zu holen. Gar oft bezahlen sie, von Gendarmen und Förstern angehalten, mit Gesundheit oder Leben das hübsche Holz; Diebe und Krüppel aus blutiger Not, Opfer einer Gesellschaftsordnung, die den Armen nicht helfen kann und auch nicht helfen will.

Unter den noch nicht ganz heruntergekommenen Elementen dieser Bevölkerung machen sich jetzt Organisationsbestrebungen geltend, die von der Socialdemokratie gefördert werden und vor allem dem Widerstande gegen die Zwischenaushalter und der Befreiung von ihnen gelten. Es ist ihnen bestes Gedeihen zu wünschen.

**Leutenot** bedrückt auch die russischen Kohlenbarone. Wir haben früher schon über die schändlichen Zustände berichtet, denen die sibirischen Bergarbeiter unterworfen sind. Ihre Löhne sind seit 1888 kaum um 10 Proz. gestiegen, während die Kohlenpreise sich dieser Zeit, wie russische Blätter berichten, um 80 Proz. bis 100 Proz. erhöht haben. Die Kohlenindustrie behnt sich immer mehr aus, aber zu den Jammerlöhnen und der argen Schinderei sind nicht genug Leute zu bekommen.

Eine Konferenz der beteiligten Unternehmer, die kürzlich in Charkow tagte, hat nun von der Regierung gefordert, ihnen Strafgefangene als Bergarbeiter zur Verfügung zu stellen und die Regierung hat diesem Verlangen nachgegeben. Ann brauchen sich die Millionäre doch nicht von ihrem Profit abzubrechen.

### Der Krieg.

#### Ein Ermittigungsversuch.

Der Herzog von Devonshire hielt im York am Donnerstag eine Rede, in welcher er sagte, wenn man auch bisher keinen großen Erfolg der britischen Waffen konstatieren könne, so deßglüchwünsche er doch das Land zu der während dieser Zeit über großer Aufregungen bewiesenen Ruhe und zu der bedeutenden Entschlossenheit, den Kampf bis zur Erreichung eines befriedigenden Abchlusses fortzuführen. Trotz der Verschiedenheit der politischen Ansichten sprachen die Staatsmänner dieselbe Sprache, indem sie das Land beschwören, die Regierung zu unterstützen. Die Regierung wisse wohl, daß man, wenn der Krieg über die Grenzen der Gebuld des Landes hinaus verlängert werde, die Kriegsführung und in jedem Falle die Geschäftsführung, die zum Kriege geführt hätte, kritischer werde; aber er (Redner) hoffe, daß diese Kritik sich auf das Vorgehen der Regierung beschränken und sich nicht auf die Handlungen der Generale und der anderen Offiziere erstrecken werde. Nichts sei notwendiger für den Geist eines Heeres, als Vertrauen zu seinen Führern. Redner sprach dann den tapferen Männern, welche die Truppen unter schwierigen und gefährlichen Umständen führten, seine Anerkennung aus.

Redner sprach weiter lobend von der lokalen Innehaltung der Neutralität seitens aller Staaten und erklärte die Angriffe der ausländischen Blätter als gleichgültig.

Am Schluß seiner Rede sagte der Herzog von Devonshire, je länger und heifer der Kampf, desto fester sei auch der Entschluß Englands, niemals die afrikanischen Kolonien das wieder erleiden zu lassen, was sie jetzt erlitten.

#### Truppenzahl und Verluste der Boeren.

Hierüber herrscht völlige Unklarheit. Von Boeren-Seite wird keinerlei Auskunft über die Stärke ihrer Truppen in den einzelnen Gebieten gegeben. Die englischen amtlichen Meldungen sowie die Nachrichten der Kriegs-Berichterstatter widersprechen sich außerordentlich. Der Kriegs-Berichterstatter des „Standard“ sagt in einer Schilderung der letzten Schlacht vor Rogersfontein, einer der Boerenführer habe einen englischen Kaplan, der Verwundete pflegte, erzählt, bereits bald nach Beginn des Kampfes habe seine Abtheilung von 500 Mann 36 Tote und eine Standinaber-Abtheilung von 40 Mann, die in der ersten Reihe standen, 7 Tote und 20 Verwundete gehabt; hierauf könne man schließen, daß auch die Verluste der Boeren sehr schwere gewesen sind.

Ganz anders lauten die Ziffern in einem Berichte des Berichterstatters der „Central News“, der vom 12. d. M. folgende auch sonst interessante Schilderung giebt:

„Da wir gehört hatten, daß viele unserer Verwundeten aus dem unglücklichen Gefecht von Stormberg noch draußen auf dem „Weldt“ lagen, ohne Möglichkeit einer baldigen Hilfeleistung durch das Ambulanzkorps der Boeren, so begaben sich gestern morgen zwei Kapläne und der Korrespondent der „Central News“ mit Erlaubnis unseres Generals auf das Schlachtfeld. Unsere kleine Karawane trug eine große Flagge, welche das Genfer Rote Kreuz zeigte, das, wie wir vertrauten, der Feind respektieren würde. Dieses Vertrauen wurde durch die folgenden Ereignisse durchaus gerechtfertigt.“

Wir stiegen bald auf eine Boerenpatrouille und setzten unsere Absichten auseinander. Nachdem die Boeren einem höheren Offizier Bericht erstattet hatten, erlaubte man uns, an unser Werk zu gehen. Wir sammelten auf der weiten Fläche alle Toten auf, die wir mit allen Ehren begraben. Die Kapläne hielten eine Begräbnisfeier ab. Darauf suchten wir alle Verwundeten auf, die wir finden konnten, und thaten, was möglich war, um ihre Leiden und Mühsale zu erleichtern.“

So waren wir den ganzen Tag über beschäftigt. Abends wurden wir verhaftet und die ganze Nacht hindurch, ohne Nahrung zu erhalten, eingeschlossen. Gleichzeitig telegraphierte der Boerenkommandant nach Bloemfontein, um zu erfahren, was er mit uns anfangen sollte. Heute morgen lief ein Telegramm vom Präsidenten Steyn selbst ein, in welchem er unsere unverzügliche Freilassung verordnete. Nachdem wir unsere Freiheit wieder erlangt hatten, fuhren wir in das Lager der Unserigen zurück und erstatteten dem General unseren Bericht.“

Wir waren im Stande, ihm eine genaue Mitteilung über unsere Verluste zu machen. Dieselben betragen 25 Tote und 68 Verwundete, 607 Offiziere und Mannschaften waren gefangen. Die Verluste der Boeren betragen nur 5 Tote und 14 Verwundete. Alle Verwundeten befinden sich auf dem Wege der Heilung. Sie haben allerdings eine miserable Verpflegung, aber es ist das Beste, was der Feind ihnen geben kann. In der That, die Boeren sind außerordentlich freundlich gewesen und man darf ihnen vertrauen, daß sie ihr Möglichstes thun werden um die unvermeidlichen Leiden unserer verwundeten Soldaten zu verringern.“

#### Vor Kimberley.

Dem „Kontinental Bureau“ wird aus Modder River vom 13. Dezember gemeldet: Die Märsche der Truppen des Generals Methuen hierher erfolgte, weil sie in der Stellung, die sie an Dienstag einnahmen, an Wassermangel litten. Gefangene verwundete Boeren erzählen, daß die Boeren über 700 Mann verloren haben.

#### Ein Gefecht des General French.

Eine Depesche des Generals French vom Mittwoch besagt: Am frühen Morgen wurden drei Abteilungen des Feindes in Stärke von 1800 Mann bemerkt, welche ihre Stellungen verließen und auf Kaatvort vorrückten. Die Engländer hoben starke Kavallerie-Abteilungen mit Artillerie vor. Die beiden Geschütze der Boeren wurden rasch zum Schweigen gebracht, die Kavallerie warf die Boeren zurück, welche sich zum größten Teil in ihre früheren Stellungen zurückbegaben. Am Nachmittag belegten die Boeren Redefontein. Als in dessen zwei britische Geschütze sie unter Feuer nahmen, zogen sie sich mit einem Verlust von 40 Toten und Verwundeten zurück. Die Verluste der Engländer betragen einen Toten und neun Verwundete darunter einen Offizier.

#### Ausfall aus Ladysmith.

Die Londoner Blätter veröffentlichen eine Depesche aus Beenen vom Dienstagmorgen, welche besagt, die Garnison von Ladysmith habe einen neuen glänzenden Ausfall gemacht und eine über den Modderbrunn führende Brücke zerstört, was die Boeren in große Verlegenheit versetzen werde.

#### Afrika-Expedition besichtigt.

„Daily News“ melden aus Kapstadt vom 12. d. M.: Die letzten englischen Mißerfolge sind von der niederdrückendsten Wirkung. Die Loyalisten, deren Zahl keineswegs zunimmt, sind von düsteren Ahnungen erfüllt. Die Stimmung der holländische Bevölkerung nimmt rasch zu und ein großer Teil derselben würde leicht zu überreden sein, sich den Boeren anzuschließen. Vom östlichen Teil der Grenze kommen beunruhigende Nachrichten. Donnerstagnacht überschritt eine starke Abtheilung Holländer die Pässe der Amatola-Berge. Im Bezirk Victoria East finden geheime Versammlungen statt. Die Engländer ergebenen Farmer in den Bezirken Sutterheim und Keirod (?) sind von den Behörden bewaffnet worden.

#### Verloste Hülse.

Sydney, 15. Dezember. Mit Rücksicht auf das in der letzten Zeit der englischen Armee in Südafrika wiederholte Unglück hat der Premierminister von Neu-Süd-Wales telegraphisch bei Chamberlain angefragt, ob mehr Truppen aus der Kolonie für Transvaal gebraucht würden.

Das klingt ja fast wie Ironie! —

#### Letzte Meldungen.

London, 15. Dezember. Amlich wird bekannt gegeben, Oberst Kewitch verläßt am 10. d. M., unter den Eingeborenen des Bechuanalandes gehe das Gerücht, Kuruman sei von Ausländern angegriffen, der Angriff jedoch von den loyalen Bechuanen zurückgewiesen worden.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Französische Deputiertenkammer.

Paris, 15. Dezember. (W. Z. V.) Der Deputiertenkammer ging heute ein von Lodron eingebrachter Gesetzesantrag zu, welcher verlangt, daß dem Marineminister 500 Millionen Francs zur Verfügung gestellt werden, von denen die Hälfte für die Flotte und Flottille, die andere Hälfte für die Marinezwecke in Mutterlande und den Flottenstützpunkten verwendet werden sollen. In der Begründung wird ausgeführt, die Gefahr sei groß und erfordere energische Anstrengung. Keiner der Stützpunkte Frankreichs sei genügend ausgerüstet; seinen Arsenalen fehle das notwendige Werk- und Rüstzeug. Seine Flotte sei nicht mächtig genug.

#### Italienische Deputiertenkammer.

Rom, 15. Dezember. (W. Z. V.) De Martio begründet einen Antrag, eine Untersuchung anzustellen über die sozialen, politischen und administrativen Verhältnisse in Neapel und Palermo in ihren Beziehungen zur Mafia und Camorra und bittet, den Antrag in Erwägung zu ziehen. Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Bertolini erklärt, die Regierung sei entschlossen, infolge der bedeutenden Thatsache, die in dem Prozesse Kotarbartolo zu Tage getreten seien, gegen alle hohen und niederen, in dieser Angelegenheit verwickelten Persönlichkeiten vorzugehen; man müsse in dessen gegenwärtig dem Werke der Gerechtigkeit freien Gang lassen. Redner bittet de Martino, seinen Antrag zurückzuziehen. (Lebhafter Beifall.) Wenn de Martino jedoch darauf bestehe, so würde sich die Regierung dem nicht widersetzen, daß der Antrag in Erwägung gezogen würde, würde jedoch weitestens Vorbehalt machen. De Martino hält seinen Antrag aufrecht. (Lärm.) Abdom wird mit 69 gegen 74 Stimmen beschloßen, den Antrag in Erwägung zu ziehen. (Erneuter Lärm.) Hierauf wird das Budget des Auswärtigen mit 167 gegen 73 Stimmen angenommen und die Sitzung geschlossen.

Wien, 15. Dezember. (W. Z. V.) Die Rheinschiffahrt von Holland aufwärts ist eingestellt. Die Schutzhäfen am Rhein sind teilweise überflutet.

München, 15. Dezember. (W. Z. V.) Den ganzen heutigen Tag dauerte Schneefall an. Der Tramverkehr mußte abends zum größten Teil eingestellt werden. Die Mehrzahl der ankommenden Züge erlitt erhebliche Verspätungen.

Wien, 15. Dezember. (W. Z. V.) Infolge starken Schneefalles fürzte das Dach einer Glasfabrik ein; 6 Personen wurden getötet, 20 verletzt.

Rom, 15. Dezember. (W. Z. V.) Die soeben veröffentlichte, im gestrigen Konsistorium gehaltene päpstliche Allokution teilt im Eingang die Ernennung jener Kardinele mit, welche beauftragt sind, anlässlich des Beginnes des heiligen Jahres die heiligen Porten der römischen Basilika zu öffnen, und fährt dann fort: Der Papst hätte gewünscht, daß die römische Kirche die früheren Freiheiten genieße, um selbst öffentlich nach dem ehemaligen kirchlichen Gebräuche diese Ceremonien zu feiern. Die Allokution erinnert sodann an den Zwischenfall in der Hoager Konferenz, den alle nicht voreingenommenen Beurtheiler verurtheilen. Der Kaiser von Rußland habe die Vertreter der mächtigsten Fürsten nach dem Haag geladen, um die möglichste Sicherheit des Friedens zwischen den Nationen herzustellen; niemand wäre einer solchen Einladung würdiger gewesen als der Papst, weil das Suchen nach Gerechtigkeit, das Waten zum Frieden und das Verhindern von Kämpfen nach dem göttlichen Willen zu den Funktionen des Papsttums gehöre. Der Heilige Stuhl hätte gewünscht, auf dieser Konferenz einen Platz zu erhalten. Er bebauere daß eine einzige sich hartnäckig diesem Wunsche widersetzende Stimme den Sieg davon getragen habe. Das war die Stimme derjenigen Macht, die mit der Eroberung Roms die Macht des Papsttums brach.“



### Die Forterhebung der zweiten Gemeindesteuerstufe.

Wir teilten bereits vor den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen mit, daß der Berliner Magistrat auf einstimmigen Beschluß der Steuerdeputation bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragte, die Erhebung der zweiten Gemeinde-Einkommensteuerstufe — die erste wird bereits seit längerer Zeit nicht erhoben — vom 1. April 1900 ab einzustellen und damit die Einkommen von mehr als 600 bis einschließlich 900 M. steuerfrei zu lassen.

Die Stadtverordneten-Versammlung überließ diesen Antrag, wie üblich, einem Ausschuß, und dieser kam in einer Sitzung am 6. Dezember — also nach Beendigung der Stadtverordnetenwahlen — zu dem Beschluß, der Verammlung die Ablehnung des Magistratsantrages zu empfehlen. Statt dessen schlägt der Ausschuß vielmehr eine Resolution vor, welche die Beobachtung einer milderer Praxis bei Einziehung und Beitreibung der Steuerbeiträge, Erlass der Steuer in geeigneten Fällen usw. fordert.

Soweit sind die Leiter des „Vorwärts“ ja auch bereits über den Lauf der Verhandlungen unterrichtet. Wenn wir trotzdem noch einmal ausführlich auf diese Angelegenheit zurückkommen, so geschieht es, weil der nunmehr erschienene Ausschußbericht wieder einmal die sozialpolitische Weisheit der „liberalen“ Stadtverordnetenmehrheit in bester Linie erstreben läßt.

Wir glauben daher durch einen kurzen Auszug aus dem Berichte zur Aufklärung derer beitragen zu können, welche den „Liberalismus“ dieser Herren immer noch nicht nach seinem ganzen Werte zu würdigen wissen. Bedauerlich ist es dabei nur, daß auch dieser Bericht — wie der über den Submissionsauschluß — erst nach Beendigung der Stadtverordnetenwahlen erschienen ist.

Der Magistrat teilte dem Ausschuß mit, daß der Steuererlass zunächst deshalb angeregt worden sei, weil ohne ihn eine sehr erhebliche Vermehrung des Bureau- und Steuererhebungs-Personals und infolge dessen auch eine Erweiterung der vorhandenen Bureauarbeitsstellen notwendig werden würde. Mit der Freigabe der Einkommen zwischen 600 und 900 M. folge die städtische Verwaltung außerdem nur dem Beispiele des Staates und einer Reihe von Städten, von denen wir hier Charlottenburg erwähnen möchten. Auch erweisen die zahlreichen erfolglosen Pfändungen, welche die Erhebung dieser Steuerstufe notwendig macht, daß das erwähnte Einkommen „ein aus sozialpolitischen Gründen freizuhaltendes Existenzminimum“ (d. h. das zum notdürftigsten Lebensunterhalt unbedingt erforderliche Mindesteinkommen) darstellt. In allen Kulturstaaten werde das Existenzminimum von der Steuer freigelassen, in Preußen z. B. seien nach der neuesten Gesetzgebung die Einkommen bis zu 600 Gulden (etwa 1000 M.) von jeder Steuer befreit.

Demgegenüber wurde von der liberalen Mehrheit ausgesprochen, daß es finanziell nicht zu rechtfertigen sei, eine Steuerstufe außer Geltung zu setzen, die trotz der hohen Einziehungskosten immer noch einen Ueberschuß von 290000 M. einbringe. Auch sei kein Grund abzusehen, weshalb Kommis, Hausdiener und andere unverschuldeten Personen, die sehr wohl vierteljährlich 1 M. Steuer zahlen könnten, und von denen zum Teil weit höhere Beiträge zu den Streiklassen geleistet würden, von dieser Steuer befreit werden sollten. Der Vergleich mit dem Staat treffe nicht zu, weil die allgemeine Schulpflicht bestche und der Staat indirekte Abgaben erhebe. Bei der Stadt nähmen dagegen die freizustellenden Personen zwar an allen städtischen Einrichtungen teil, trügen aber zu den Kosten nicht das geringste bei.

Demgegenüber sei zunächst darauf hingewiesen, daß die lehrerwähnliche Behauptung, gelinde ausgedrückt, den Tatsachen nicht entspricht. Auch die Stadt erhebt „indirekte Abgaben“, genau wie der Staat. Nach dem Erlass der eigentlichen „Gemeindesteuer“ würde der Mann mit Einkommen unter 900 M. genau so, wie bisher bei Benutzung der Straßenbahn zu der Abgabe, welche die Straßenbahn- und Elektrizitäts-Gesellschaft an die Stadt zahlt, bei Gebrauch von Wasser zu den Ueberschüssen der Wasserwerke, bei der Mietzahlung zur Grundsteuer — die ja nur formell der Hausbesitzer trägt — beitragen usw., und zwar werden die Bürger zu diesen Abgaben nicht etwa nach ihrem Einkommen, sondern im wesentlichen nach ihrer Kopfzahl herangezogen.

Weiter wurde im Ausschuß von anderen Mitgliedern der „liberalen“ Mehrheit darauf hingewiesen, daß seiner Zeit schon bei einer früheren Beratung in der Stadtverordneten-Versammlung mit Recht der Grundlag aufgestellt worden sei: wer nicht mitthäte, soll auch nicht mittragen. Es entspreche nicht der Gerechtigkeit und trage Verunreinigung in weite Kreise der Bürgerschaft, daß die Biermarksteuer erlassen, den zu dieser Stufe Veranlagten aber gleichwohl das Gemeinde-Wahlrecht erhalten bleiben solle. Bei der letzten Stadtverordneten-Wahl seien 320 000 Wähler der dritten Abteilung vorhanden gewesen, rechnerisch davon die 180 000 zur Biermarksteuer Veranlagten ab, so verblieben 140 000 Wähler, die Steuerzahler seien, und die von den ersten vollständig majorisiert würden, wenn denselben das Wahlrecht erhalten bliebe.

Der Grundlag: „wer nicht mitthäte, soll auch nicht mittragen“ wird auf Verständnis gerade bei der sozialdemokratischen Fraktion stehen. Nur bleibt unverständlich, wie man in diesem Zusammenhange darauf hinweisen konnte. Denn im Ausschusse wurde ja doch gerade von liberaler Seite angeführt, daß „die Leute“ — d. h. die Personen mit einem Einkommen von 600—900 Mark — bei Tage meist nicht zu Hause, sondern auf Arbeit seien.“ Danach „haben“ doch diese Leute ganz erheblich „mit“, und der angezogene Spruch kann auf sie keine Anwendung finden. Wenn es den Herren Cassel und Gossow wirklich ernst ist mit der Forderung: „Wer nicht mitthäte, soll auch nicht mittragen“, dann mögen sie den Antrag stellen: „den Rentiers und den Nichts-als-Hausbesitzern das kommunale Wahlrecht zu entziehen.“ Denn zu dem Antrage muß man kommen, wenn man auf einem solchen Standpunkte steht, nicht aber dazu, der erwerbstätigen Bevölkerung, welche trotz reichlicher Arbeit nicht mehr als 900 M. im Jahre verdient, noch ihre städtischen Rechte zu rauben.

Auch die dritte Rücksicht auf die „Vermehrung weite Kreise der Bürgerschaft“ scheint recht wenig am Platze. Wer während der lehrerwähnlichen Wochen Gelegenheit hatte, sich in den Kreisen der „Bürgerschaft“ umzusehen, der wird von einer solchen „Vermehrung“ nichts bemerkt haben. Und doch gehörte die „Steuerfreiheit der Einkommen bis zu 900 M.“ zu den Dingen, die fast in jeder Versammlung und in den meisten Wahltagblatt-Vernehmungen fanden. Gerade die „freisinnigen“ Kandidaten, welche in den proletarischen Außenvierteln sich um einen Sitz in der III. Wählerabteilung bewarben, hoben fast regelmäßig in ihren Reden und Flugblättern hervor, daß sie für die Aufhebung der zweiten Gemeindesteuerstufe eintreten. Die Wählerchaft aber zeigte keinerlei „Vermehrung“, sie äußerte keinerlei Wunsch davor, daß die 140 000 Steuerzahler der Abteilung von den 180 000 Nicht-Steuerzahlern „majorisiert“ werden könnten. Wohl aber herrschte allgemein eine mächtige Enttäuschung darüber, daß 601 Wähler erster Klasse vermöge ihres Geldsacks ebensoviel zu sagen hätten, wie die 320 000 Wähler der dritten Klasse, und daß erste und zweite Klasse zusammen stets die dritte Klasse trotz deren kolossaler Ueberschuldung „majorisieren“ werden. Das trug in der That „Vermehrung in weite Kreise der Bürgerschaft.“

Eine dritte Gruppe innerhalb der „liberalen“ Mehrheit regte sich endlich darüber lebhaft auf, daß man „eine große Anzahl von Personen, die wohl (!) im Stande seien, den geringen Steuerertrag zu entrichten, nur deshalb von der Steuer frei lassen wolle, weil die Einziehung gewisse Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten für die Verwaltung verursache.“ Also die „socialpolitischen Gründe“ des Magistrats existieren für diese Herren nicht! Die 80 000 fruchtlosen Pfändungen, die — der Zahl nach im Kommissionsbericht nicht angegeben, aber jedenfalls auch nicht zu spärlichen — erfolgreichen Exekutionen, welche alljährlich bei den 80 000 Steuerzahlern dieser Stufe vorgenommen werden und eine ungeheure Summe von Not und Elend darstellen, sie sind in den Augen dieser „liberalen“ Herren „nur“ gewisse Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten für die Verwaltung!

Daß bei dieser Sinnesart der Mehrheit die Gründe der Minderheit, zu der selbstverständlich auch unsere Vertreter gehörten, ungebührlich verhalten wurden, liegt auf der Hand. Dem Verständnis der Mehrheit am nächsten kam vielleicht noch der Einwand, daß die Erhebungskosten der Steuer mehr als 100 Proz. des Steuerertrages ausmachen. Das wird sicher auch jenen Herren bedauerlich erscheinen, die trösteten sich aber eben damit, daß die Steuerstufe „immer noch einen Ueberschuß von 290 000 M. einbringe“. Bei 180 000 Steuerzahlern kommen also auf 4 M. veranlagte Steuer nur etwa 1,60 M. Einnahme für den Stadtkassenschatz! Wöllig unverständlich aber wird der Mehrheit sicher die Auffassung geblieben sein, daß „nicht kommunal-fiskalische, sondern rein menschliche Gesichtspunkte bei der Beurteilung des Antrages maßgebend sein müßten“. Bezog sich etwa hierauf die Erwiderung, daß man sich bei der Beurteilung des Antrages nicht von parteipolitischen, sondern kommunalen Gesichtspunkten leiten lassen müsse? Gelten der Mehrheit „menschliche Gesichtspunkte“ vielleicht für gleichbedeutend mit „parteilichem“?

Schließlich wurde der Magistratsantrag mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt, die Steuererhebung der Steuer auf von Einkommen unter 900 M. also befristet. Daß die Stadtverordneten-Versammlung diesem Vorschlage ihres Ausschusses zustimmen wird, halten wir für sicher. Jedenfalls aber wird es gut sein, wenn durch namentliche Abstimmung über die Volksgenossen Kenntnis werden, welche der ärmsten und bedrängtesten Schicht der Bevölkerung diese kleine Erleichterung ihrer Last verweigern. Dabei wird dann gleichzeitig wieder die ganze Erbärmlichkeit des bestehenden Dreiklassenwahl-systems zu Tage treten; denn die Minderheit wird aus der großen Mehrheit derer bestehen, welche wirklich „das Volk“ sind. Die dritte Wählerklasse vertreten, während die Mehrheit vorwiegend aus jenen Herren besteht, die sich zusammenschließen, die Stadtverordneten von Wammongnaden, „Erträglich“ nicht des Volks, sondern einiger 10—10 Geldsacke sind.

### Soziale Rechtspflege.

**Warnung vor Ueberarbeit.** Der Hausdiener J. war von dem Kaufmann Seltsam, dem Inhaber eines größeren Geschäftes, plötzlich entlassen worden, weil er abends nach 7 Uhr nicht mehr im Geschäft thätig sein wollte. Es handelte sich dabei um das Ausfeigen der Räume. J. klagte dann gegen Seltsam beim Berliner Gewerbegericht und beanspruchte eine Entschädigung wegen unrichtiger Entlassung. Er machte geltend, daß seine Arbeitszeit um 7 Uhr beendet gewesen sei. Der Beklagte habe ihm erst wenige Wochen vor seiner Entlassung gesagt, daß er von der Post auch noch nach 7 Uhr ins Geschäft zurückzukehren und event. auszufegen habe. Dagegen hätte er sofort protestiert. Im Laufe der Verhandlung gab indessen der Kläger zu, außer in der letzten Zeit öfter, an etwa 14 Tagen, tatsächlich nach 7 Uhr ausgefegt zu haben. Die Kammer II unter dem Vorsitz des Herrn v. Schulz wies darauf seine Forderung mit folgender Begründung ab: Der Kläger habe sich freiwillig eine längere Zeit derart länger gearbeitet, wie der Arbeitgeber es ihm vorgeschrieben habe. Darin sei ein Einverständnis mit dem, was der Beklagte verlangt habe, zu sehen. Hiernach sei aber der Kläger verpflichtet gewesen, solange täglich im Geschäft zu bleiben, wie für ihn Beschäftigung war. Seine schließliche Weigerung, dies zu thun, stelle deshalb einen Kontraktbruch dar, der den Beklagten zu seiner sofortigen Entlassung berechtigt.

**Sonderbare Verträge** schließt der Militärstellen-Hauptmann Rebenitzsch mit seinen Arbeitsbüchern ab. Gegen die Lohnentschädigungsklage des sechzehnjährigen Arbeitsbüchsen S. machte er vor der Kammer II des Gewerbegerichts geltend, daß er den jungen Mann laut Arbeitsvertrag sofort entlassen könne, während S. acht Tage vorher kündigen müsse. Gewerberichter von Schulz machte ihn darauf aufmerksam, daß eine solche Arbeitsbedingung gesetzwidrig sei, da nach § 122 der Reichs-Gewerbe-Ordnung die Bedingungen der Aufkündigung beim gewerblichen Arbeitsverhältnis für beide Parteien gleich sein müßten. Weiter verlas der Vorsitzende eine Bestimmung des Arbeitsvertrages, wonach es den Entlassenen „verboten“ sein soll, bei Konkurrenten oder Abnehmern anzufangen. Eine solche Vorschrift beruhe einen ganz sonderbar und wäre unzulässig. In der Sache selbst kam ein Vergleich zu stande.

### Gewerkschafts-Zeitung.

**Polizeikampf gegen socialdemokratische Flugblatt-Verbreitung.** Der Parteigenosse Heimann hatte nebst anderen Parteigenossen vor der letzten Reichstagswahl an einem Sonntag in den Dörfern bei Hameln Wahlflugblätter und Stimmzettel verteilt. Sie gingen von Haus zu Haus und gaben an die Bewohner die Druckfächer ab. Die Verbreiter wurden daraufhin wegen Vergehens gegen die hannoversche Sabbat-Ordnung von 1822 angeklagt. Die Angeklagten sollten eine öffentlich bemerkbare Arbeit verrichten und damit etwas gescha haben, was einer würdigen Sonntagsfeier zuwider sei. Das Landgericht, das sich zweimal mit der Angelegenheit zu befassen hatte, stellte fest, daß die Angeklagten, bis auf einen, die Druckfächer auf der Dorfstraße nicht offen, sondern unter den Köden versteckt getragen haben. Welcher Angeklagte jener eine, der die Blätter öffentlich sichtbar trug, gewesen war, vermochte der als Zeuge auftretende Gendarm nicht zu sagen. Im übrigen fand fest, daß die Blätter und Zettel nur innerhalb des Hauses verteilt worden waren. — Das Landgericht sprach die sämtlichen Angeklagten frei. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Revision ein und machte geltend, die hannoversche Sabbatordnung wäre zu Unrecht nicht angewendet worden. Der Strafenot des Kammergerichts verwarf jedoch die Revision mit folgender Begründung: Wenn die Leute die Flugblätter nur innerhalb der Häuser verteilt und sie auf der Straße unter den Köden versteckt getragen hätten, dann liege weder eine öffentlich bemerkbare Arbeit, noch sonst ein Vergehen gegen die Sabbatordnung von 1822 vor. Der eine Angeklagte, der die Blätter öffentlich sichtbar auf der Straße herumgetragen, habe allerdings eine öffentlich bemerkbare Arbeit verrichtet und sich dadurch strafbar gemacht. Da aber seine Persönlichkeit nicht festzustellen sei, müsse er natürlich straflos bleiben.

**Das Vereinsgesetz gegen Weihnachtsbescherungen.** Einer der vielen nordhildeswischen Vereine hatte für den 27. Dezember 1898 in Dürstun eine Weihnachtsbescherung veranstaltet. Die Vorstandmitglieder Zimmernann und Hansen wurden darauf des Vergehens gegen den § 1 des Vereinsgesetzes beschuldigt, weil sie die Zusammenkunft nicht vorher der Polizei angemeldet hatten. Die Angeklagten wandten vergeblich ein, daß „öffentliche Angelegenheiten“

im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes bei Weihnachtsbescherungen nicht erstreckt zu werden pflegten. Das Schöffengericht und das Landgericht in Hildesburg verurteilten sie zu Geldstrafen; es handelte sich um einen Verein, dessen Hauptzweck es sei, dänische Agitation zu treiben. In dem Verein hielten häufig bekannte dänische Agitatoren Vorträge, durch die begünstigt werde, das Dänentum im Gegensatz zu dem Deutschtum zu stärken. Der Verein wolle also auf öffentliche Angelegenheiten einwirken. Ein solcher Verein müsse aber alle seine Versammlungen polizeilich anmelden, auch bei einer Weihnachtsbescherung dürfe er keine Ausnahme machen. — Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob indessen die Verurteilung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Allerdings habe der Vorderichter ohne Rechtsirrtum angenommen, daß es sich um einen eminent politischen Verein handle. Er irre aber insofern, als entgegen seiner Auffassung tatsächlich nicht jede Versammlung eines politischen Vereins der Polizei angemeldet werden brauche. Nur solche Versammlungen politischer Vereine seien anzumelden, die von vornherein zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bestimmt seien. Ob das bei der Weihnachtsbescherung vom 27. Dezember 1898 der Fall gewesen, müsse das Landgericht nachprüfen.

**Zum Elberfelder Militärbesetzung-Prozess.** In dem bekannten Elberfelder Militärbesetzung-Prozess ist bis jetzt bekannt geworden, daß junge Leute sich dadurch dienstuntauglich gemacht haben, daß sie durch den Genuß von Pflanzsäure Gelbfucht herbeiführten. Die weitans größte Anzahl der Beteiligten hat indessen ein anderes Mittel zur Erzielung der Dienstuntauglichkeit angewandt: sie hol durch Genuß von Pflanzsäure Gelbfucht herbeiführt und ist auf Grund dessen vom Militärdienst befreit worden. Verwunderung hat es vielfach erregt, daß die Gerichtsbehörde so viele, manchmal schon Jahre zurückliegende Fälle ermittelt hat. Die Entwertung der Beteiligten war indes keineswegs mit so großen Schwierigkeiten verknüpft, wie ohne Kenntnis der Dinge angenommen wird. Nachdem die Untersuchungsbehörde erst Wind davon bekommen hatte, auf welche Weise die Militärbesetzung vor sich gegangen, war es ihr sogar ein Leichtes, den Schuldigen auf die Spur zu kommen. Die Militärbehörde stellte nämlich fest, wer auf Grund von Gelbfucht vom Militärdienst befreit worden war. Der Untersuchungsrichter nahm die betreffenden darauf in ein eingehendes Verhör und erzielte dadurch, unterstützt durch die Ergebnisse von Hausdurchsuchungen, die Hebeführung einer großen Anzahl von Personen. Die genaue Zahl derjenigen, die sich demnach vor dem Strafgericht zu verantworten haben werden, ist noch nicht bekannt. Außer den Personen, die sich durch Anwendung der erwähnten Mittel von der Dienstpflicht befreit haben, erstreckt sich das Verfahren noch auf zwei Ärzte aus Köln, Dr. J. und Dr. B., die die Mittel vertrieben haben sollen, einen Kölner Droguisten, der die Mittel angefertigt haben soll und zwei Agenten, die die Mittel vertrieben haben. Da die Agenten ihr Geheimnis nur für schweres Geld preisgaben — es sollen Fälle vorgekommen sein, in denen die Agenten bis zu 500 M. erhalten haben — rekrutieren die dienstuntauglich gemachten Leute fast ausschließlich aus den begüterten Kreisen. Uebrigens dauert die Untersuchung in der Affaire noch immer fort; auf Verlangen der oberen Justizbehörde ist indes gegen die bisher ermittelten Personen das Verfahren abgeschlossen worden, so daß die Verhandlung gegen sie demnach stattfinden dürfte. Bis auf drei sind die Angeklagten gegen Kautionen von 10 000—25 000 M. vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden. Neuerdings ist in dieser Angelegenheit noch ein Bürger aus Großsied bei Solingen mit seinen beiden Söhnen verhaftet worden.

**Ein Bräutigamsvater** in geistlichem Gewande fand dieser Tage vor der Strafkammer des Landgerichts zu Meß wegen Mißhandlung eines Schullindes. Am 4. August d. J. hatte der katholische Pfarrer Deder in Monreure während der Erteilung des Religionsunterrichts einem 12jährigen Mädchen mehrere Schläge mit der Hand ins Gesicht versetzt, weil das Kind eine Frage nicht richtig beantwortete. Dann ließ er es aus der Bank heranstreten und wiederholte die Mißhandlung. Nach Aussage der Schullinder erhielt die Kleine etwa 15 Schläge, infolge deren das Gesicht stark angeschwollen, blau und schwarz wurde und acht Tagen noch die Spuren der Mißhandlung trug. Der Angeklagte suchte sich mit der Behauptung zu entlasten, das Mädchen sei eigenhändig und störrisch. Das Gericht verurteilte ihn wegen schuldiger Körperverletzung zu 20 M. Geldstrafe, event. 2 Tagen Gefängnis.

### Versammlungen.

**Die aufgelöste Versammlung des fünften Wahlvereins** war ausnahmsweise gut besucht. Die rechtzeitige Eröffnung derselben war dadurch verzögert, daß der angeklagte Referent Dr. Kayl die Besetzung des Versammlungstafels am entgegengegesetzten Ende der Linienstraße vermutete und dadurch sein rechtzeitiges Eintreffen verzögert hatte. Uebrigens fehlten nach der Angabe des Vorsitzenden Kayl noch volle fünf Minuten zur vollen Stunde nach der angemeldeten Zeit. Der überwachende Beamte blieb aber bei der Behauptung, daß nach seiner Uhr die Zeit zur Eröffnung verstrichen sei und forderte in sehr energischer Tone die Anwesenden zum sofortigen Verlassen aller Versammlungsräume.

Die in solcher Weise verteilte Versammlung findet nunmehr am Sonnabend, 16. Dezember, in demselben Lokal, mit derselben Tagesordnung statt. Wir verweisen die Leser auf das diesbezügliche Inserat.

**Zu einer Verbandsversammlung der Schneider und Schneiderinnen,** welche am 12. Dezember in den Krainhallen, Kommandantenstr. 20, tagte, referierte das Mitglied Ritter über das Thema: „Wie stellen sich die Berliner Kollegen zur Einführung von Betriebswerkstätten?“ Da die letzten Verhandlungen des Reichstags bezüglich der Beschränkung der Hausindustrie dargeboten haben, daß von jener Seite nichts zu erwarten sei, so muß zur Selbsthilfe gegriffen werden und auf neue das Verlangen nach Errichtung von Betriebswerkstätten gestellt werden. Ausgehend von der Entschloßung dieser Forderung vom 13. Januar 1896, ist der Redner der Ansicht, daß die hiesigen Kollegen bei der zukünftigen Bewegung der Geschäftsinhaber diese Forderung zu unterstützen haben. Die Verhandlung, welche die Ortsverwaltung in Verbindung mit der Agitationskommission geschlossen habe, hatte das Resultat gezeitigt, daß diese Forderung in nächster Zeit an die Unternehmer gestellt werden müsse, damit dieselben gezwungen würden, öffentlich darüber zu bekümmern. In der sehr anregenden Diskussion, an der sich auch Heimarbeiter beteiligten, erklärten sich sämtliche Redner mit der Aufstellung dieser Forderungen einverstanden. Es fand hierauf eine Resolution Annahme, in der es heißt:

Die Versammlung erklärt sich nach den Ausführungen des Referenten mit dem Vorschlag der Ortsverwaltung und der Agitationskommission einverstanden. Sie beauftragt diese beiden Instanzen, die Forderung: „Errichtung von Betriebswerkstätten“, an sämtliche Unternehmer der Kostüm- und der Maßbranche sowie auch an diejenigen, welche sogenannte Lagerarbeit nach Maß anfertigen lassen, in kürzester Zeit zu stellen; damit den Geschäftsinhabern in der ihnen gestellten Frist Gelegenheit gegeben wird, sich zu äußern, ob sie geneigt sind, diesem berechtigten Verlangen zu entsprechen. Eine Nichtbeantwortung gilt einer Ablehnung der Forderung gleich. Die Versammlung erwählt die hienmit Beauftragten, darauf das Weitere zu veranlassen.

Unter Verschiedenem machte der Kollege Ritter darauf aufmerksam, daß Heimarbeiter, die weder ihr Handwerk selbständig betreiben, noch Gesellen und Lehrlinge halten, seitens der hiesigen Zeitung zur Beitragspflicht aufgefordert werden; dies sei nach dem § 4 des Junungs-Statuts unzulässig und deshalb zurückzuweisen. Nachdem















**Abermals ein Spielerprozeß.**

Der Spielerprozeß gegen den Agenten Franz Eichler und den Kaufmann v. Pannewitz, der schon mehrfach der Verurteilung anheimfiel, beschäftigte gestern wiederum die erste Strafkammer des Landgerichts I. Vorsitzend ist Landgerichtsrat Diez, die Anklage vertritt Staatsanwalt Platsche, die Verteidigung führen Rechtsanwält Dr. Gottlieb und Dr. Jaroschowski. Als Sachverständige sind Hof-Zauberkünstler Kössner, Prestidigitateur Herrmann und der Direktor der Stralunder Spielartenfabrik Häuser zur Stelle. Unter den vorgeladenen zahlreichen Zeugen befinden sich mehrere Offiziere a. D., Juristen, Ärzte, Herren aus Dresden, Hannover, Karlsruhe etc. Der Angeklagte Eichler, der in Sportkreisen als emigrierter Spieler gilt, soll nicht nur aus dem Glücksspiel ein Gewerbe gemacht, sondern auch mit gezielten Karten gespielt, d. h. seine Mitspieler betrogen haben. v. Pannewitz soll ihm beim Spiel Hilfe geleistet haben, namentlich würde behauptet, daß er seine Wohnräume zum Spielen hergegeben habe. Beide Angeklagte bestreiten ihre Schuld. Eichler hat längere Zeit in Unternehmungslust gelebt, ist dann aber gegen Bürgschaft entlassen worden. Er bestreitet die Behauptung der Anklage, daß er eigentlich keine ordnungsmäßigen Einnahmequelle habe, behauptet vielmehr, daß er an einem Sportbureau in Hannover beteiligt sei. Er habe nicht nötig, aus dem Spiel sich Einnahmen zu verschaffen. Wichtig sei es, daß er viel auf den Rennplätzen verkehrte und vielfach mit anderen Herren bei Wittkop, im Hotel Bauer, in der Pannewitz'schen Wohnung etc. gespielt habe. Die Anklage behauptet, daß das Spiel zumeist „Meine Lante — Deine Lante“, einmal aus Roulette gespielt worden sei. Eichler soll besonders lebhaft interessiert gewesen sein, solche Glücksspiele zu arrangieren und sowohl als Bankhalter, wie auch als Pointeur ganz ausfallend im Gewinn gewesen sein. Eine ganze Anzahl von Personen soll an ihm ganz erhebliche, in die Tausende gehende Verluste gehabt haben. Die Anklage behauptet auch, daß Eichler bei seinen Mitspielern in dem Verdachte stand, ein Falschspieler zu sein. Wie in dem Hammelprozeß, so tritt auch hier wieder die Behauptung auf, daß gewiegte Spieler, die sich darauf einließen, wohl im Stande seien, bei Karten, die eine schraffierte Rückseite haben, die Kartengattung an gewissen Merkmalen der Schraffierungen, die bei den einzelnen Kartentypen gleichmäßig auszulassen pflegen, zu erkennen. Eichler bestreitet alle Beschuldigungen auf das Entschiedenste; es sei ihm niemals eingefallen, falsch zu spielen. Er behauptet, ein Vermögen von 10000 M. zu besitzen und hat f. B. 4000 M. in Brillanten mit in das Untersuchungsgefängnis mitgebracht. Auf Befragen des Präsidenten erklärt er, daß er fünf Rennpferde besitze, vielfach Wetten auf Rennplätzen gemacht und auch Pferdehandel betrieben habe. Vor vier Jahren will er beim Rennen in Regensburg 60000 M. gewonnen haben, ein Fall, der f. B. in den Zeitungen Aufsehen erregt habe. — Der Angeklagte v. Pannewitz ist bis Anfang dieses Jahres Reserve-Offizier gewesen. Er war früher ein sehr begüterter Mann, der in Schlesien mehrere Güter hatte und soll schon zu damaliger Zeit ein passionierter Spieler gewesen sein und in der Provinzial-Reserve in Breslau an den dortigen Spielabenden sich lebhaft beteiligt haben. Seine günstige Lage veränderte sich, als seine Ehe mit seiner außerordentlich wohlhabenden Gattin gerichtlich getrennt wurde. Er ist dann nach Berlin übersiedelt und ist hier kaufmännisch, als Vermittler für Güter-Verkäufe etc. tätig. Nach seiner Angabe hat er kolossale Verluste an der Börse gehabt. Er gibt zu, auch jetzt noch gern zu spielen, bestreitet aber nachdrücklich, daß er mit Eichler irgendwie in engerer Beziehung gestanden oder gar demselben sogenannte „Schlepperdienste“ geleistet zu haben. Er sei einmal von der Spielleidenschaft befallen, habe leider zumeist viel Unglück beim Spiel, bestreite aber ganz entschieden, aus dem Spiel ein Gewerbe gemacht zu haben.

Die Jugendfragen bieten nichts von großer Bedeutung. Bestimmte Anhaltspunkte, daß Eichler wirklich falsch gespielt habe, weiß keiner anzugeben; und die Anklage ist auf Indizien angewiesen. Die Jugendvernehmung dehnte sich bis zum häßlichen Abend aus. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Eichler wegen gewerbmäßigen Glücksspiels zu drei Monaten Gefängnis, wovon ein Monat durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde, ferner zu einer Geldstrafe von 900 M. Der Angeklagte v. Pannewitz wurde freigesprochen.

**Kommunales.**

**Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag.** Dem zwischen den Vertretern der Stadtgemeinde Berlin und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft vermittelten Vertrag wegen Umwandlung des Betriebes dieser Straßenbahn und der Gesellschaft zu genehmigenden weiteren Linien hat das Magistratskollegium seine Zustimmung erteilt. Die Zustimmungspflicht ist für alle diese Linien bis zum Jahre 1919 festgesetzt worden.

Nach dem Berichte des Kuratoriums des städtischen Vieh- und Schlachthofes sind auf dem städtischen Schlachthof im Monat November 66518 Schweine — gegen 55391 im November 1898 — auf Trüchsen unterrichtet worden. Dapon sind 6 Stück wegen Trüchsen und 26 wegen Hinnen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet zurückgewiesen worden.

In den städtischen Krankenhäusern werden vom 1. Januar 1900 an — gleich wie in der Charité — die Verpflegungskosten für Erwachsene von 2 M. auf 2,50 M. und für Kinder von 1,50 M. auf 2 M. nach Beschluß des Magistratskollegiums erhöht werden. — Das Magistratskollegium genehmigte in seiner gestrigen Sitzung die vom Stadtbaurat Hoffmann entworfenen Pläne zu den Gemeindeschulen in der Waldenser-, Nipaer- und Waldemarstraße, sowie das Schulbauprojekt des Stadtbauinspektors Weber.

**Lokales.**

**Kann dissidentischer Mischbrei einem Säugling gefährlich werden?** Diese Frage ist die zweite Abteilung des Polizeipräsidiums zu lösen am Werke. Nach einer Polizeiverordnung bedürfen Leute, die fremde Kinder unter 4 Jahren gegen Entgelt halten wollen, einer polizeilichen Erlaubnis. Diese Verordnung ist entstanden, um dem schamhäftigen Treiben sogenannter Engelmacherei vorzubeugen. Soweit ist sie erklärlich, wemgleich sofort die Frage entsteht, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen eine Fürsorge der Polizeibehörde an Stelle einer solchen des Vormundschaftsgerichts, der Gemeinde-Waisenträte, Vormünder und Eltern zu treten berechtigt sei. Die Erlaubnis kann natürlich nur verweigert werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß der Pflegevater oder die Pflegemutter das Wohl des Kindes zu gefährden geeignet sind. Die Fürsorge der Polizei darf sich naturgemäß nur auf die körperliche Fürsorge erstrecken. So ist es auch unseres Wissens bislang in Berlin geahndet worden. Es wurde das Halten von Pflegekindern untersagt, wenn z. B. der Verdacht einer Engelmacherei, der Vernachlässigung eines Sittlichkeitsverbrechens, der Verelendung des Kindes durch die „Pflege“ vorlag. Diese Praxis des Polizeipräsidiums scheint neuerdings eine Wandlung erfahren zu haben. Die Polizei scheint die Pflegemütter und Pflegeväter jetzt auch bis in das Innerste ihrer Herzen und ihrer Gesinnung prüfen zu wollen. Der polizeiliche Maßstab erstreckt sich neuerdings sogar bis in die Halten der religiösen Gesinnung der Pflege-Eltern. Eine Frau, die sich eines unehelichen Kindes angenommen, dasselbe seit längerer Zeit mit polizeilicher Erlaubnis gegen ein Monatsentgelt von 20 M. hielt und noch Ansicht der Mutter und des Vormundes vorzüglich pflegte, zog

schließlich um. Ihr wurde mitgeteilt, daß sie nun abermals um die Erlaubnis zum Halten des Kindes einkommen müsse, weil die Polizei die neuen Wohnräume auf ihre Beschaffenheit hin zu prüfen haben. Die Frau reichte darauf, wozu sie an sich nicht verpflichtet war, ein Gesuch um Halten ihres Jünglings ein. Die Polizei ging nun an ihre Prüfungswerk. Das Ergebnis war: Wohnräume? gut, Verpflegung des Kindes? vorzüglich, Auf der Pflegeeltern: trefflich, beides sind arbeitsame, redliche, brave Leute, aber — sie sind Dissidenten! Dissidenten! — Das neuromonatische Kind wird also von den Segnungen, Erbschaften und Belehrungen des alten und neuen Testaments ferngehalten, die staatlich approbierte Religion wird dem jungen Lebewesen vorenthalten, es wird weder über Moses und die Propheten, noch über Jesus und die Apostel, weder über die Psalter Davids, noch über die Vergewaltigt instruiert, weder Gesangbücher noch Kirchenlieder, nur Milch, Suppen und Brot finden in dem Magen des Jünglings Eingang. Das darf nicht sein. Das Kind muß aus dieser Pflege heraus. Darauf ergeht an die Pflegemutter folgende Verfügung:

„Auf die Eingabe vom 8. d. Mts. eröffnet Ihnen das Polizeipräsidium, daß Ihnen die Erlaubnis zum Halten von Kindern gegen Entgelt mit Rücksicht darauf, daß, wie erst jetzt bekannt wird, Sie und Ihr Ehemann Dissidenten sind, verweigert wird. Sie werden angewiesen, das Kind, welches Sie jetzt in Pflege haben, binnen 8 Tagen der Mutter desselben zurückzugeben oder anderweitig in Pflege unterzubringen. Sollten Sie nach Ablauf dieser Frist noch ein fremdes Kind unter 4 Jahren bei sich haben beziehungsweise aufnehmen, so wird Ihre Verpflegung veranlaßt werden.“

Berlin, den 25. November 1899.

**Polizeipräsidium, Abteilung II.**  
Selbstverständlich ist gegen diese unbedachte Verfügung der Beschwerde eingeklagen. Es geht nirgends ein Gesetz das Recht, Dissidenten die Verwirklichung des Verfassungsgrundgesetzes zu verweigern; alle Freuden sind vor dem Gesetze gleich. Deshalb übrigens kann ein über 4 Jahre altes Kind von Dissidenten gehalten werden und weshalb kann gerade einem Kinde unter 4 Jahren die Pflegemutterchaft einer Dissidentin gefährlich werden?

**Aus dem Berliner Reich der Jugendbildung.**

**Städtische Schuldeputation.**  
J. Nr. 5647 S. I. 99. Berlin, den 19. November 1899.  
Auf Ihre Beschwerde vom 7. d. M. gereicht Ihnen zum Bescheide, daß wir das Verhalten des Lehrers nicht billigen und Vorfrage getroffen haben, daß Behördliches nicht wieder vorkommt. In einer Umschulung Ihres Sohnes liegt kein Grund vor.

So lautet die von der Schuldeputation erteilte Antwort auf eine Beschwerde des Schulfachlers Lenzing über die Behandlung seines Sohnes und auf seinen Antrag den Sohn umschulen zu lassen. Welcher Sachbestand lag der Beschwerde zu Grunde? In der Ober-I. Klasse der 155. Gemeindeschule unterrichtet in Geographie, Geschichte und Geographie ein Lehrer Czudnowski. Gegen dessen Lehrmethode richtete Herr L. eine Reihe von Beschwerden, deren Richtigkeit nach dem Inhalt des eingangs abgedruckten Bescheides nicht in Frage steht. Die Tatsachen, die Anlaß zur Beschwerde gaben, sind so ungeheuerliche, daß es unbegreiflich erscheint, wie diesem gegenüber die Bitte des Vaters abgelehnt werden konnte, seinen Sohn umzuschulen. Einige Proben aus dem danach von dem Lehrer Czudnowski eingeschlagenen Verhalten mögen zur Illustrierung genügen.

1. Eines Tages unterlag der Lehrer den Kindern die Vermutung des — Taschentuchs während des Unterrichts. Dieses gegen die Meinung des Gesichtsvorsetzungs gerichtete Maßregel begründete er wie folgt: „wenn Ihr Soldaten seid, müßt Ihr bei der Parade den Schnodder runterschlucken und dürft Euch nicht ausknauden.“

2. Ein Schüler wird vom Lehrer beschuldigt, den Tisch umgeworfen zu haben. Der Schüler bestreitet die Beschuldigung. Darauf befehlt ihn der Lehrer „wenn Du es nicht warst und ich sage, Du warst es, dann bist es auch gewesen.“

3. Bei einer Besprechung der Biertrinker der alten Germanen fällt der Ausdruck: „Ihr wißt, wenn man viel Bier trinkt, dann f... man.“

4. Der geographische Unterricht wird eines Tages durch die Redeblüthe „das ist so klar wie Sch... d...“ verdrängt.

5. Dem Bildungsdrang und dem Widerwillen gegen Aboheit kommt der Wille der Jugend durch die Wendung „nun stört einen das A... schon wieder“ entgegen. Als hierauf ein Kind lacht, wird es gekniffen und gehohlet. Die über eine denartige Erziehungsart empörte Mutter sucht der Rektor durch den Hinweis zu beruhigen: der Lehrer stamme aus Ostpreußen, man müsse mit ihm Geduld haben, er werde sich die Andriade schon mit der Zeit abgewöhnen.

6. Bei einer anderen Gelegenheit ruft der aus Ostpreußen stammende Jugendlehrer den ihm zur Ausbildung anvertrauten Kindern zu: „Von Euch ist ja nicht mehr zu verlangen. Denn hier im Osten wohnt ja nur lauter Arbeitergejindel! Ihr seid von Jugend an Sozialdemokraten; im Westen kommt so etwas nicht vor.“

7. Einige Tage nach der zu 5. erwähnten Beschwerde erhält der Sohn der Beschwerdeführerin vom Lehrer die Frage: Der Lehrer fragt ihn dem: „Du bist doch der Junge, dessen Vater sich über mich beschwerte?“ Als der Sohn diese Frage bejaht hatte, schlug der Mutterlehrer den Anaben mit einem Stock.

8. Am folgenden Tage setzt der Lehrer den Sohn der Beschwerdeführerin, der bis dahin Zweiter in der Klasse war, auf den letzten Platz.

9. Bei einer anderen Gelegenheit begleitet der städtische Lehrer die Anstellung einiger Ohseigen mit der liebevollen Wendung: „Wenn Du Hund unter meine Hände kommst, muß Du kriechen.“

Das sind nur eine dieser Beschwerden unrichtig sei, behauptet die Schuldeputation nicht und trotzdem lehnt sie die Bitte um Umschulung des Kindes ab! Der Vater hat sich nunmehr an das Provinzial-Schulkollegium mit dem Antrag gewendet, die Umschulung seines Sohnes herbeizuführen und die disziplinarische Verurteilung des Mutterlehrers zu veranlassen. Das Benehmen des Lehrers ist inzwischen ein noch auffallenderes geworden. Als er von der Absicht des Vaters sich bei der Schuldeputation zu beschweren Kenntnis erhielt, beschwichtigte er den Vater, gab zu, daß die Beschwerden berechtigt seien, bat aber von einer Weiterverfolgung der Sache Abstand zu nehmen. Der Vater war anfänglich geneigt, dem Wunsch nachzukommen, lehnte ihn aber schließlich mit Recht ab, um in Zukunft seine und andere Kinder vor solcher Art des Unterrichts zu bewahren. Nach dieser Ablehnung beauftragte der Lehrer Czudnowski einen Schüler während des Unterrichts, er solle seinen Eltern bestellen, Czudnowski würde sich nicht wieder so weit erniedrigen, Leute, die im Keller wohnen, zu besuchen und seine Schuld einzugestehen; er nehme alles zurück, was er zu seiner Entschuldigung gesagt habe. Von nun an zog der kleine Lenzing fast täglich eine wenig erfreuliche Aufmerksamkeit seines „Lehrers“ auf sich.

Der Vater des geplagten Jungen hat seinen Sohn nunmehr gebeten, einem derartigen Unterricht fernzubleiben. Es kam keinem Zweifel unterliegen, daß ein Verfahren, das den Erfolg haben kann, die Achtung des Schülers vor seinen Eltern und vor sich selbst herabzusetzen, kein Schulunterricht ist. Das Provinzial-Schulkollegium dürfte zweifellos der Beschwerde des schmer

gekränkten Vaters stattgeben. Ungeheuerlich ist es, daß die Schuldeputation bei solcher Sachlage dem Vater zumutet, sein Kind von dem Lehrer Czudnowski unterrichten zu lassen. Die ganz überwiegende Anzahl der Berliner Lehrer wird zweifellos ein solches Vorgehen energisch verurteilen.

**Das Verhalten der Stadtverordneten-Mehrheit in der Submissionsfrage wird auch von linksliberalen Blättern (Schar) verurteilt.**

Die „Berl. Zig.“ schreibt: Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern eine günstige Gelegenheit gehabt, ihr Interesse für den sozialen Fortschritt, für Förderung des sozialen Friedens zu bekunden und zu betätigen, und sie hat diese Gelegenheit bei schäudernder Weise einmal ungenutzt vorübergehen lassen; ja, sie hat sich durch Ablehnung durchaus maßvoller Forderungen, die im In- und Auslande längst als berechtigt anerkannt sind, das traurige Zeugnis ausgestellt, daß sie an sozialpolitischer Einsicht nicht den Gemeinwesen des Reiches als Muster und Beispiel voranleuchtet, wie es sein sollte, sondern daß sie, unberührt von aller modernen Geistigung, mit Krähwinkel und Schöppenstedt an rückständiger Beschränktheit weiterleitet.

Ähnlich schreibt die „Volks-Zeitung“: Es ist in hohen Maße beschämend für den in roten Hause zur Zeit leider noch tonangebenden Reaktionsliberalismus, gegen den die Neue Link und die sozialdemokratische Fraktion vergebens ankämpft, daß er auf alle diese Dinge und deren Unhaltbarkeit erst von sozialdemokratischer Seite aufmerksam gemacht werden muß, wie es gestern wieder in der Stadtverordnetenversammlung geschehen ist. Wer die Geschichte des Niederganges des Kommunal-Liberalismus studiert, wird solchen Momenten den gebührenden Wert beizulegen haben.

Ein Loblied wird dem hohlefeindlichen Kommunal-Liberalismus selbstverständlich in der „Vossischen Zeitung“ gesungen. Für dies Blatt steht es, so weit Submissions-Angelegenheiten in Betracht kommen, um die Frage der Wohlstandigkeit des Verhaltens der Inhaber kommunaler Ehrenämter folgendermaßen:

„Wo das Interesse daran, wie eine Sache entschieden wird, ganz und gar erlischt, erlischt sehr häufig auch das Sachverständnis. Man läßt sich folgerichtig dazu, als Stadtverordnete nur solche Personen zuzulassen, die ganz und gar kein Erwerbsinteresse haben, sondern von der Reute ihres Vermögens leben. Und selbst bei diesen müßte noch nachgefragt werden, welche Arten von Aktien sie etwa besitzen.“

Das ist zwingende Logik, mit der man auch sonst noch wunderhüßig argumentieren kann. Nach ihm gewinnt z. B. der Handelsredakteur einer Zeitung „folgerichtig“ nur dann Interesse an der richtigen und gewissenhaften Beurteilung irgend einer Aktien-gesellschaft, wenn er vorher durch möglichst glänzenden Ankauf von Aktien sein Wissen über das in Betracht kommende Unternehmen nach Gebühr gefestigt hat.

**Der Winter in Berlin.** Die Kälte ist am Freitag noch strenger geworden. Das Thermometer zeigte morgens um Sonnenaufgang 17 Grad Celsius unter Null und fiel im Laufe des Tages nur unbedeutend. Das Elend wächst infolge der grimmigen Kälte mit Macht und kommt in den Unglücklichen, die die Warmhallen bevölkern, nur zum allgeringsten Teil aus Licht.

Böllig erkarrt aufgefunden wurde Donnerstagsabend um 9 1/2 Uhr ein Schneider Franz Wetthe in den Packanlagen an der Memelertroße, die im Volksmunde den Namen Weidenwiesen führen. Der Mann leidet an Krampfanfällen, blieb bei einem solchen Anfälle hilflos liegen und wurde erst nach geraumer Zeit aufgefunden. Die Kälte hatte ihn so stark mitgenommen, daß die Kräfte anderthalb Stunden brauchten, um ihn ins Leben zurückzuführen. — Eine Mitleid erregende Szene spielte sich in der Kommandantenstraße gestern Mittag ab. Ein kleines Mädchen, welches dort billigen Christbaumputz feilhielt, fing plötzlich an heftig zu weinen und rief sich unter dem Ausdruck des größten Schmerzes die linke Hand, in der das Kind ein Päckchen hielt. Hinunterende Passanten erkannten, daß die Hand der Kleinen erixoren und bereits schwarz angelaufen war. Während ein Herr das Mädchen zu einem benachbarten Arzt brachte, veranstaltete ein anderer eine Sammlung unter den anwesenden Augenzeugen. Mit dem recht erheblichen Betrag derselben wurde das Kind, nachdem der Arzt es verbunden, nach Hause geführt. Das Publikum soll, so meldet die „Staatsbürger-Zeitung“, sein lebhaftes Mitleid über die Mitleidlosigkeit der Eltern geäußert haben, welche die Kleine bei dieser Kälte auf die Straße hinausgeschickt hätten. Als ob die armen Leute ihre Kinder zum Vergnügen auf die Straße hinausgeschickten!

Als durchaus unzureichend wird das Heizmaterial bezeichnet, welches die Garnisonverwaltung den Wachen täglich zuweist. Bei kleineren Wachen, wie z. B. den Kasernenwachen, liegen die Wachtmannschaften, wofür sie dauernd eine warme Wachtstube haben, bisweilen Geld zusammen zum Ankauf einer Quantität Kohlen und Holz. Einen sonderbaren Publik gewöhren aber Wachtmannschaften der Reuten Wache am Kastanienväldchen, wenn sie des Abends oder des Morgens mit dem Kohlenkasten nach der Schlafwache wandern, um dort Kohlen zu erbitten. Da der Schlafwache von der Schlafverwaltung unbedeutender Kohlenverbrauch zugefunden wird, so giebt sie gern den klierenden Kameraden der Reuten Wache ab. Es dürfte sich empfehlen, daß bei der jetzigen Kälte mit der Ausgabe von Kohlen an die Wachtmannschaften nicht zu sehr gespart wird.

Furchterren und Rutscher klagen darüber, daß es diesmal mit der Vereitigung des Schnees selbst in den verkehrsreichsten Straßen zugenommen hat. Die Pferde haben darunter mehr denn je zu leiden. Diesen Klagen gegenüber muß es anfallen, daß man Arbeiter der städtischen Straßenreinigung an Stellen beschäftigt sieht, wo es gar nicht so dringend nötig wäre. So war gestern vormittag eine Kolonne dabei, den Mittelweg der „Kinden“, der nur Spaziergängern dient und bei dieser Witterung kaum benutzt wird, von der hartgefrorenen Schneedecke sorgfältig zu säubern.

Die „Große Berliner“ treibt weiter mit Entsetzen Scherz. Sie macht aus den Rißbelligkeiten, denen das Publikum infolge ihrer Unfähigkeit ausgeleht ist, für sich Profit zu ergattern. In einer Zuschrift an bürgerliche Blätter weist die Direktion darauf hin, daß sie überall die billigere Oberleitung bewilligt haben müsse, wenn der Betrieb besser funktionieren solle. Als ob es an den Akkumulatoren läge, die bei anderen Gesellschaften und vor allem in anderen Städten sich gerade bei Schnee und Kälte vorzüglich bewähren!

Die Freunde der Brühlstraße und ähnlicher Gassenfronten müssen jetzt an Anblick der Straßenbahnzüge ihre heile Freude haben. Bei der gegenwärtigen sibirischen Kälte haben sich die ungeheuerlichen Wagen zu einem Polsterinstrument entwickelt, das auf Hüfte und Neben ähnlich wirkt, wie die Dammschrauben des Mittelalters auf Finger und Hände. Man muß die Fahrgäste, namentlich die Frauen beobachten, wie sie sich unter dem grimmigen Schmerz winden und krümmen, den die von unten aufsteigende Kälte ihnen bereitet. Als empfindliche Straßenscharfing würde es gelten, wenn unsere Gerichte besonders hartgefrorene Kinder jetzt zu einer oder einigen Stunden Straßenbahnfahrt verurteilen dürften. Wie viele todbringende Erkrankungen mag die Große Berliner wohl infolge ihrer Profitlust auf dem Gewissen haben? Wenn die Gesundheitspolizei sich ihrer elementarsten Aufgaben bewußt ist, so zwingt sie die Gesellschaft, die Wagen jetzt wenigstens mit einer genügend starken Strohhölzchen zu belegen, wie es vor einem Menschenalter, als noch nicht an die jetzt vielfach eingeführte Heizung der Wagen gedacht werden konnte, in anderen deutschen Städten üblich war. Die vielen Tzehntausende, die in Berlin die Straßenbahn täglich be-



nügen müssen. Leben ja gewiß nicht in dem vermeinten Wahr, daß die Gesellschaft, deren Ausdeutung sie überantwortet sind, das hauptsächlichste Verlehrsmitel der Reichshauptstadt auf das Niveau deutscher Kleinstädte erheben soll. Aber auf menschliche Behandlung haben sie, wie auch die Schaffner und Wagenführer, im Grunde schon nach den Polizeigesetzen Anspruch.

Auch die Spree ist gefroren. Das Treibeis, das sie noch Donnerstag bedeckte, ist bei dem starken Frost der letzten Nacht zum Stehen gekommen. Der Fluß ist fast durchweg von der Eisdecke überzogen, nur an den Stellen, unterhalb der Wehre und dort, wo Schleppdampfer als Eisbrecher thätig waren, finden sich offene, stark dampfende Stellen. Auf dem Eise tummeln sich Schwärme wilder Enten, die den Postauten am Ufer vielen Spaß machen und eifrig gefüttert werden. Besonders zahlreich finden sich die gefiederten Wintergäste an der Weidischen Brücke, an der Köpfe, an der Weidendammer Brücke und am Schloß Bellevue.

**Zum Besten der Aufsicht-Postkarte.** Die Annahme, daß durch anderweitige Fassung der postalischen Vorschriften der Aufsicht-Postkarte freie Bahn zur weiteren Ausgestaltung werden bereitet werden, hat sich bereits erfüllt. Vom 20. Dezember ab sind, wie die „Mitt. West-Bez.“ berichtet, in inneren deutschen Verlehrs bei Postkarten Bilderanwendung und Aufstellungen auf der Rückseite insoweit zulässig, als dadurch die Eigenschaft des Verlehrsgegenstandes als offene Postkarte nicht beeinträchtigt wird und die aufgestellten Zettel an der ganzen Fläche nach befestigt sind. Wenn der Bilderanwendung durch Begabung hergestellt ist, darf diese an den für Adressen und Bestimmungen sowie für das Aufkleben der Marke bestimmten Stellen der Vorderseite nicht hindern. Warenproben und ähnliche Gegenstände den Postkarten beizufügen oder an ihnen zu befestigen, ist nicht gestattet.

**Bei der angelaubtesten Ausgabe der Jahrhundert-Postkarten** durch die Reichspost handelt es sich, wie die „West-Bez.“ schreibt, nicht um eine neue Art von Postkarten; die Jahrhundert-Postkarten werden vielmehr mit demselben Stempel wie die neuen Postkarten hergestellt, und in der Wahl der Schriftgattung für den Vorder- und in der Beschaffenheit des Kartons soll nichts geändert werden. Von den gewöhnlichen neuen Postkarten werden die Jahrhundert-Postkarten sich nur dadurch unterscheiden, daß, wie schon berichtet wurde, das Markenbild von einem Vorberitzung umrahmt ist und auf der linken Seite der Postkarte eine Darstellung der aufgehenden Sonne mit der Jahreszahl „1900“ aufweist. Die Jahrhundert-Postkarten sind demnach nicht den sogenannten Erinnerungs- oder Gelegenheitspostwertzeichen gleichzustellen, bei denen das wesentliche ist, daß sie ein von dem gewöhnlichen Typus abweichendes Markenbild führen, und die außerdem zu einem besonderen, das Ausgabejahr allein berührenden Zweck hergestellt sind und nur vorübergehende Gültigkeit haben; die Jahrhundert-Postkarten markieren nur einen bedeutungsvollen Abschnitt in der Zeitrechnung, ein der ganzen Welt gemeinsames Ereignis, und stehen hinsichtlich der Gültigkeitsdauer den gewöhnlichen Postkarten völlig gleich. Die Ausgabe der Karten wird zu Ende des alten und zu Anfang des neuen Jahres erfolgen.

**Der einseitige Straßenbahn-Betrieb durch die Schornstraße** um das Könlische Rathaus herum ist gestern aufgehoben worden, nachdem die durch den Abbruch der einen Seite des Könlischen Rathauses vorbereitete Gertraudenstraße für den zweiselligen Betrieb freigegeben worden ist.

**Zur glatten Abwicklung des Posthalterverkehrs** während der Weihnachtszeit kam das Publikum selbst wesentlich beitragen dadurch, daß es die Weihnachtspostereien, namentlich Familien- und Geschäftsbriefe, thunlichst an den Vormittagen ausliefert, und zwar möglichst mit Marken frankiert. Es empfiehlt sich auch, um Verzögerungen in der Poststellung zu vermeiden, für jedes Paket eine besondere Begleitadresse anzufertigen. Für die am Posthalter zu leistenden Zahlungen sollte der Auslieferer das Geld abgezählt bereit halten. Die Befolgung dieser Rathschläge würde der Post und dem Publikum gleichmäßig zum Nutzen gereichen.

**Wegen des Weihnachtverkehrs** werden am 24. Dezember (Sonntag) die Annahmehäuser für gewöhnliche Pakete bis fünf Uhr nachmittags und die Paketausgabehäuser vom 24. bis 26. Dezember wie an Wochentagen offen gehalten werden. Ferner wird am 24. vormittags eine zweite Briefbestellung stattfinden.

**Der Weihnachtsurlaub** ist für die Soldaten der Garnison Berlin in diesem Jahre bei einigen Truppenteilen auf zwölf, bei anderen auf vierzehn Tage festgesetzt worden und beginnt entsprechend später oder früher, da alle Mannschaften am 4. Januar, abends, wieder hier sein müssen. Die Reservisten bekommen nur fünf bis sieben Tage.

**Die Straßenbahnlinie Pankow-Mittelstraße** (Siemens und Halske) wird heute Sonnabend voll eröffnet, da die Reststücke Georgenstraße-Mittelstraße heute abgenommen wird. Die Wagen verkehren in Zwischenräumen von 5 Minuten. Bei Bedarf werden zu den Hauptverkehrsstunden noch Einwegwagen eingesetzt. Der Fahrpreis für die ganze ca. 9 Kilometer lange Strecke beträgt 10 Pf.; der Preis der Monatskarten 3 M. und der Schülerkarten 3 M. Die Ausgabe der Monatskarten und Schülerkarten erfolgt auf dem Bureau Hollmannstraße 24 und auf dem Betriebsbahnhof in Pankow, Damerowstraße. Die Fahrzeit für die ganze Strecke beträgt 41 Minuten, für Gehuldräumen-Friedrichstraße 25 Minuten, Steinhilber Wohnhof-Friedrichstraße 12 Minuten.

**Neujahrsvorlesung.** Der am 2. Januar l. J. beginnende 11. zu g. muß bei kleinen, aus höchstens zwei Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen an demselben Tage, bei mittleren, aus drei oder vier Zimmern nebst Zubehör bestehenden Wohnungen am 3. Januar, mittags 12 Uhr, bei großen, mehr als vier Wohnzimmern umfassenden Wohnungen am 4. Januar, mittags 12 Uhr, beendet sein.

**Das Reich u. Ödliche Geschäftshaus** Friedrichstr. 179, Ecke Tankenstraße, ist, wie der „Konfessionar“ erzählt, für den Preis von 1750000 M. verkauft worden. Das Grundstück soll zu einem Warenhaus für Damenmoden bestimmt sein, welches eine Pariser Firma im Laufe des nächsten Jahres errichten will.

**Eine neue Verbindung** wird zwischen der Frankfurter Allee und der Rigauerstraße im Osten der Stadt, in der Nähe des städtischen Vieh- und Schlachthofes, hergestellt. Der neuen Straße sollen die Grundstücke Frankfurter Allee 39 bis 42 zum Ufer. Sie bedeutet eine wesentliche Abkürzung, namentlich für den Verkehr zwischen dem Viehhof einer- und Vorhaben und Friedrichsberg andererseits, da sie den Umweg durch die Proslauerstraße beseitigt.

**Der Anarchist Buchhändler Hugo Jacoby**, welcher 1896 vom Reichsgericht wegen Verleitung zum Hochverrat (Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz) zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, verläßt am ersten Weihnachtstage die Strafanstalt zu Halle. Seine Parteigenossen haben Sammlungen für ihn eingeleitet.

**Der Antisemit Sedlaczek**, dessen Auswanderung nach Transvaal und Teilnahme an Kriegen ein Berichterstatter meldete, befindet sich, wie ein anderer Berichterstatter mitteilt, „unverwundet“ in Berlin.

**Ein Unglücksfall auf der Stadtbahn.** Gestern abend ereignete sich auf dem Bahnhof Savignypfad ein schwerer Unglücksfall. Beim Aussteigen aus dem Zuge glitt ein unbekannter Mann so unglücklich aus, daß er unter die Räder kam und erhebliche Verletzungen erlitt. In bewußtlosem Zustande wurde der Mann nach der Unfallstation XX. gebracht. Nach Leistung der ersten Hilfe erfolgte sein Transport in das Spital in Charlottenburg.

**Die laudenspolizeiliche Abnahme** der Leitungsanlage für den elektrischen Betrieb der Straßenbahnlinie Sühnenplatz—Zoologischer Garten—Vollmerstraße—Bahnhof Westend (Berlin—Charlottenburger Straßenbahn) hat gestern vormittag stattgefunden. Der elektrische Betrieb auf dieser Linie wird am Montag eröffnet werden. Die Linie erhält „gemischten“ Betrieb.

**Am Schanztisch vom Tode ereilt** wurde Samstagabend gegen 11 Uhr die 28 Jahre alte Hedwig Malabar, die bei dem Gastwirt Schmidt in der Bernauerstr. 16 als „Kaffettamiel“ beschäftigt war.

**Erwachte Schanztischdiebe.** Gestern gegen Mitternacht bemerkte der Nachtwächter Neiche zwei Männer, welche sich an dem Schanztisch des Optikers E. Rosenthal, Auguststr. 5, zu schaffen machten. In kurzer Entfernung davon sah der Nachtwächter zwei andere Männer, welche „Schmiede“ standen. Er verständigte von seiner Beobachtung einen Schutzmann, dem es im Verein mit dem Nachtwächter gelang, zwei der Gehehlen festzunehmen. Auf dem Polizeirevier, wohin die Einbrecher gebracht wurden, fand man bei dem einen, der sich als Gärtner ausgab, schwere Einbruchswerkzeuge und ein wohl assortiertes Lager von Dietriden.

**An der Tollwut gestorben** ist der Stiefenbesitzer aus Neustadt in Oberhavel, von dem wir mitteilen, daß er von seinem kranken Hunde gebissen wurde und die rechtzeitige Inanspruchnahme der Schutzstation veräumte, obwohl die Krankheit bei dem Hunde alsbald festgestellt worden war.

**Feuerbericht.** Eine ungewöhnlich hohe Zahl von Alarmierungen ist seit Donnerstag zu verzeichnen. Früh 7 Uhr kam Kochstraße 70/71 im Keller der Firma Müller u. Sohn durch die Dampfheizungsanlage ein Brand aus, dem infolge starker Rauchentwicklung nur schwer beizukommen war. Hauptächlich wurden nur Papierabfälle zerstört, so daß der Schaden unwesentlich ist. Ein weiterer Kellerbrand mußte kurz darauf Lüchowstraße 7 bekräftigt werden. Alt-Moabit 35 wurde verschiedenes Gerümpel auf den Boden eingestürzt. Zug 17 hatte später Lindenstraße 29 einen kleinen Dachstuhlbrand zu dämpfen. Mittags erfolgte Alarm nach der Markthalle in der Reinindendörferstraße 24, in deren Keller Feuer aufgekommen war. Die Gefahr konnte jedoch noch mit Leichtigkeit beseitigt werden. Schornhorststraße 7a war ein Küchenbrand abzuschließen. Kleider, Wäsche und Küchengerät gingen in Flammen auf. Nachmittags erfolgte ein Ausbruch nach Mühlstr. 14/15, wo Bodenverfallende Feuer gefangen hatten. Durch Selbstentzündung von Pechblöden entstand Laufgüterstr. 15 ein kleiner Brand. Wegen irrthümlicher Feuerbefürchtung erfolgten abends Alarmer nach Pyrenestr. 9 und Kohlbuscher Damm 88. Gegen 7 Uhr entstand Georgenstraße 17 ein kleines Schodenfeuer. Zur selben Zeit wurden Marienstr. 12 Möbel, Fußboden und Balken eingestürzt. Eine halbe Stunde später ereignete sich in der Straße 62 und Uferstraße 14 Kellerbrände. Gegen 10 Uhr brannte Koloniestraße 18/19 ein freistehender Schuppen. Gleichzeitig war Neue Friedrichstraße 49 in einer Zigarettenfabrik ein Schodenfeuer abzuschließen, das leicht größere Dimensionen hätte annehmen können. Einem Alarm nach Chausseestraße 9 lag ein Brand zu Grunde, der einen erheblichen Teil der Dachkonstruktion einäscherte. Wasserrohrbrüche verursachten ein Eingreifen der Wehr in der Schmidtstraße 12 und Belle-Alliancestr. 9. Raikowstraße 6 war ein Schuppenbrand zu beseitigen. Freitag früh 10 Uhr wurde Mittelstr. 46 der Fußboden vor einem Ofen eingestürzt. Kurz darauf stand Bunderstr. 29 der Dachstuhl in Flammen, die einen großen Teil desselben zerstörten. Die Wehr konnte erst nach 2 1/2 Stunden wieder abrücken.

**Beim Schlittschuhlaufen verunglückt** ist der 21 Jahre alte Kaufmann Robert Levin aus der Eisenbahnstraße 37. Der junge Mann kam auf der Eisbahn zu Falle, brach sich den rechten Unterschenkel und mußte nach der Charité gebracht werden.

**Wegen Unterdrückung** verhaftet worden ist der 25 Jahre alte Kaufmann Reinhold P., der seit zehn Wochen in der Weberschen Weißbier-Brauerei in der Alten Jakobstraße 9 als Buchhalter angestellt war. P. zog am Sonnabend bei Kunden 65 M. ein und berichtete dem Geschäftsinhaber, daß er sie verloren habe. Es wurde aber bemerkt, daß er nach dem Vorfalle erheblich mehr Geld ausgab als vorher. Man nimmt daher an, daß er das angeblich verlorene Geld für sich verbraucht hat und nahm ihn in Haft.

**Eine nahezu totale Mondfinsternis** wird in der Nacht vom Sonnabend, den 16., zum Sonntag, den 17. d. M., stattfinden. Die Größe der Verfinsternung beträgt 99,8 Proz. des Monddurchmessers, es wird also nur noch eine äußerst schmale, an ihrer breitesten Stelle etwa 3,5 Bogensekunden messende Lichtsäule von der Mondscheibe sichtbar bleiben. Der Eintritt des Mondes in den Schattenkegel der Erde erfolgt am linksseitigen Mondrand oberhalb der Mitte, der Austritt aus demselben am rechtsseitigen Mondrand oberhalb der Mitte. Die Finsternis beginnt um 12 Uhr 44 Minuten, ist am größten um 2 Uhr 20 Minuten und endet um 4 Uhr 8 Minuten. Diese Angaben sind in mitteleuropäischer Zeit gegeben, weil sie für alle Gegenden, welche sich der mitteleuropäischen Zeit bedienen, gültig sind. Es sind dies die Länder Deutschland, Holland, Schweiz, Italien, Ungarn sowie viele Städte Ostpreußens. Erhöhtes Interesse gewinnt diese Mondfinsternis durch den Umstand, daß gegen den Schluß der Verfinsternung der Mondscheibe der Planet Neptun vom Monde verdeckt wird. Die Beobachtung dieses Phänomens, die sonst wegen der geringen Helligkeit des Neptun (in der Opposition, also im günstigsten Fall ist letztere gleich der eines Sterns der Größenklasse 7,7) für mittlere Fernrohre fast unmöglich ist, kann also diesmal, wenigstens teilweise, unter verhältnismäßig günstigen Umständen stattfinden. — Die Urania-Sternwarte in der Invalidenstraße wird für Besucher von 11 1/2 Uhr ab ununterbrochen geöffnet sein; um 12 Uhr beginnt ein etwa halbstündiger Vortrag des Herrn G. Witt über Wesen und Verlauf von Sonnen- und Mondfinsternissen.

**Treptow-Sternwarte.** In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag steht der Mondfinsternis wegen die Treptow-Sternwarte für das Publikum geöffnet. Sonnabendabend 9 Uhr spricht Direktor Archenholz über: „Die bevorstehende Mondfinsternis.“ Sonntag, den 17. Dezember, lautet das Thema des Vortrages nachmittags um 5 Uhr: „Ein Ausflug in die Sternwelten“ und um 7 Uhr: „Sternkarten und Nebeldecke.“ In allen Vorträgen haben die erwählten Vereinsnachbarn Gültigkeit. Von Montag, den 18. Dezember, bis einschließlich Montag, den 25. Dezember, bleibt das Institut wie alljährlich geschlossen.

Im Schiller-Theater findet die dritte Vorstellung im Schiller-Guldn „Don Carlos“ Sonntagabend statt. Vorbereitet wird jetzt das Schauspiel „In Behandlung“ von Max Treder, das nach der Weihnachtsfeierabend herauskommen wird. — Im Carl Welt-Theater gelangt heute abend 7 1/2 Uhr als letzte Abendvorstellung das Zaubermärchen „Altenbrödel“ zur Aufführung. — Morgen, Sonntagabend, bleibt der Weltuntergang“ auf dem Spielplan. „Zuversichtlich und die 7 Zweige gelangt am Sonntagabendmittags, den 23. d. M., 7 1/2 Uhr, zur erstmaligen Aufführung.

**Aus den Nachbarorten.**  
**Ausweisung des Genossen Anton Kopp** aus dem preussischen Staatsgebiet. Der Amtsdorsteher zu Lichtenberg-Friedrichsberg hat dem Vertrauensmann des Niederbarnimer Kreises folgende Verfügung zugehen lassen:  
Der Amtsdorsteher.  
A. V. 19230. Lichtenberg, 12. Dezember 1899. bei Berlin O.

Sie haben sich als Ausländer löstig gemacht und werden daher hierdurch aufgefordert, den hiesigen Ort sowie das preussische Staatsgebiet binnen 14 Tagen von Behinderung dieser Verfügung ab gerichtet mit Ihrer Familie unbedingt zu verlassen. Sollten Sie dieser Aufforderung nachzukommen sich weigern und nach Ablauf der erhaltenen Frist noch hier betroffen werden oder hierher zurückkehren, so wird gegen Sie auf Grund des § 132 Nr. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 eine Geldstrafe von 30 M. oder im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von drei Tagen festgesetzt und vollstreckt werden, auch haben Sie auf Grund des § 132 Nr. 3 des vorgedachten Gesetzes Zwangstransport zu gewärtigen. Sollten Sie ohne Erlaubnis in das Gebiet des preussischen Staates zurückkehren, so haben Sie auf Grund des § 381 Nr. 2 des

Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich eine Haftstrafe bis zu sechs Wochen zu gewärtigen.

**Ein**  
den Weber und Zeitungsbreditor  
Herrn Anton Kopp.  
Friedrichsberg, 12. Dezember 1899.

Wodurch sich Genosse Kopp „löstig gemacht“ habe, ist in der Verfügung nicht vermerkt. Kopp ist am 1. November 1849 in Neustadt in Ostpreußen geboren, hat sich seit dem Jahre 1883 in Friedrichsberg niedergelassen und wohnt allseitig 10 Jahre in Preußen. Er ist niemals bestraft und hat die auf ihn entfallenden Steuern stets pünktlich bezahlt. Er genießt auch außerhalb der socialdemokratischen Partei, für die er seit dem Jahre 1892 als Kreisvertrauensmann wirkt, hohe Achtung in allen Bürgerkreisen. Wodurch soll er sich „löstig gemacht“ haben? Vom Reichstag wird die Kleinigkeit von einer Milliarde begehrt, um wohlhabende Deutsche außerhalb Deutschlands noch wohlhabender zu machen und um kühnere Kanonen auch außerhalb Deutschlands domieren zu lassen, falls ein Nichtdeutscher es ablehnen sollte, sich zum Deutschen „kolonisieren“ zu lassen oder falls ein Nichtdeutscher mit einem anderen Nichtdeutschen einen Streit haben sollte. Und aus Preußen weist das „mächtige, kraftvolle“ Preußen, dessen Politik jetzt am eifrigsten durch den Galizier Schweinitz vertreten wird, einen harmlosen Oestreicher aus und vernichtet kein kleines Geschäft, seine in ehelichen Dingen nachbar erworbene wirtschaftliche Existenz. Kopp ist kein Großindustrieller. Die Ausweisungsvorschrift wirkt besonders hart durch die kurze Spanne Zeit, die dem aus dem Kulturstaat Preußen Ausgewiesenen gelassen ist. Ohne Rücksicht auf die laufenden vertraglichen Verbindlichkeiten des Genossen Kopp werden knappe 14 Tage ihm zur Regelung seiner wirtschaftlichen Angelegenheiten belassen. Kopp hat den Versuch gemacht, gegen die Ausweisungsvorschrift und gegen die Kürze der ihm gestellten Frist vorzugehen. Auf demselben wird er wohl auch erfahren, weshalb er plötzlich dem preussischen Staat „löstig“ gefallen sein soll. Den Niederbarnimer Genossen aber und den Genossen Deutschlands weit über die Grenzen des Kreises Niederbarnim hinaus wird diese Ausweisung eines ruhigen, stets opferbereiten, rastlos im Interesse der Allgemeinheit thätigen Genossen ein erneuter Ansporn sein, die Millionen noch abseits der Socialdemokratie stehenden über die Natur des heutigen Klassenstaats aufzuklären. Wie klein und schwach steht das Reich da, das Weltmachtspolitik treiben will und eine Ausweisungspolitik befolgt, die lediglich für eine Kulturstufe gegen einander streng abgeschlossener Völker eine Art Verdrängung gehabt haben mag. Sollte das Flottengesetz zu Stande kommen, so wäre als Artikel II des Flottengesetzes eine ausdrückliche Ausweisung der von den einzelstaatlichen Regierungen behaupteten Ausweisungsbefugnis gegenüber „Ausländern“ am Platze. Auf jeden Fall wird wohl diese auffallende Ausweisung auch im Reichstag zur Verpragung gelangen.

**Spandan.** Parteigenossen! Nachdem die Kommunalwahlen, welche bisher unsere Kräfte in erhöhtem Maße in Anspruch nahmen, vorüber sind, muß es unsere nächste Aufgabe sein, mit aller Macht für den Ausbau unserer politischen Organisation am Orte des „Socialdemokratischen Arbeitervereins“, sowie für die größtmögliche Verbreitung der Parteipresse zu sorgen. Wir haben erst wieder bei den letzten Wahlen wahrnehmen können, welche wichtigen Dienste uns unsere Presse in dem Wahlkampf leistete; leider wird dieselbe noch viel zu wenig gelesen. Parteigenossen, das muß auch anders werden! Der bevorstehende Winter läßt uns hunderttausend Zeit, gründlich an diese Kleinarbeit zu gehen. Jeder einzelne Arbeiter, der sich zu unserer Partei zählt, muß es als seine Pflicht betrachten, insofern der politischen Organisation beizutreten und die Arbeiter-Tagespresse zu halten, als auch vor allem seine Kollegen, Freunde und Bekannten mit dem Gedanken des Socialismus vertraut zu machen und in ihnen neue Kämpfer für unsere Ideen zu werben. Die Organisation und die Presse sind die wichtigsten und unverzichtbarsten Waffen im Freiheitskampf der Arbeiter. Darum Parteigenossen! Auf zur neuen Agitationsarbeit! Beitrittserklärungen zur Organisation nehmen die Genossen Schröder, Wisnarsstraße 6, Rieger, Mollstraße 3, Dudich, Jagowstraße 2, und alle anderen bekannten Parteigenossen entgegen. Bestellungen auf die Parteipresse sind an unsere Parteipredigtion, Wisnarsstraße 6 (Schröder) zu richten.

**Durch Kohlenoxydgas vergiftet.** Ein schwerer Unglücksfall, bei dem zwei Arbeiter ihren Tod gefunden, hat sich in der Nacht zu gestern in Schöneberg ereignet. Der 25jährige Polier Bernhard Helmhold und der 20jährige Schlossergeselle Willy Jesmer, ruhten die zugestrichene Wasserleitung eines Klosets im vierten Stockwerk des Hauses 71 in der Goltzstraße aufzuklären. Bei dieser Arbeit benutzten sie einen kleinen transportablen Holzofen. In der Nacht fand man die beiden Arbeiter in einer an das Klosett anstehenden Kammer erstickt vor. Der Raum war von giftigen Kohlenoxydgas vollständig erfüllt. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Helmhold hinterläßt Frau und Kind.

**Die gegen die Schöneberger Stadtverordneten-Wahlen** in drei Bezirken der III. und II. Abteilung von den unterlegenen Kandidaten erhobenen Proteste sind von dem Wahlamt für die Stadtverordneten-Versammlung insgesamt für unbegründet, die betreffenden drei Wahlen: Klempner Masch. (Soz.), Kaufmann Bergemann und Kaufmann Kubig nebst Maurermeister Schulz, also für gültig erklärt worden.

**Die Einführung der neugewählten acht Stadträte** und der 28 neuen Stadtverordneten in der Stadtverordneten-Versammlung von Charlottenburg ist auf den 10. Januar festgesetzt worden.

**Zur Verhaftung des Feldwebels Grahl** vom Garde-Grenadier-Regiment Nr. 5 in Spandan wird berichtet, daß G. sich der Unterdrückung in sehr vielen Fällen schuldig gemacht hat. Er veruntreute sowohl Spargelder der Unteroffiziere im Betrage von 500 M., als auch eingegangene Postgelder der Mannschaften; auch unterließ er häufig Zahlungen, für die er das Geld erhalten hatte. Er hat solche Straftaten seit längerer Zeit begangen. Seine Verhaftung erfolgte außerhalb, im Hause seiner Schwiegereltern; er war im Begriff, in den Zivilstand überzutreten und hatte Usamb, um sich nach einem neuen Beruf umzusehen.

**Vom Oberpräsidenten** der Provinz Brandenburg erhielten eine Anzahl Vielesbesitzer in Fürstentum und Umgebung, die anlässlich der wiederholten Hochwasserfluten an der Spree und am Oder-Spreekanal die Regierung um baldige Abhilfe angegangen hatten, unter dem 7. Dezember den Bescheid auf ihre Eingabe. Daraus geht hervor, daß, nachdem die bisher ausgeübten verschiedenen Verbesserungspläne wegen des erheblichen Kostenaufwandes nicht zur Ausführung gelangten, jetzt neue Pläne ausgearbeitet sind, die eine Verbesserung der Verfall im Auge haben und zur Zeit der Verhandlung bei den Centralbehörden unterliegen. Ob wesentliches dabei herauskommen wird?

**Auf der Westlichen Vorortbahn** ist jetzt endlich auch in Steglitz die Oberleitung hergestellt und damit aus allen Linien der reine Oberleitungsbetrieb eingeführt worden.

**Ein Teil der Gebr. Reichel'schen Fabrik** in Brandenburg a. S. ist durch Feuer zerstört worden. Der in der Nähe der Lokiererei entstandene Brand fand besonders in den Lagerräumen, wo sich Tausende von zum Teil schon zum Verkauf fertiggestellten Niederwagen befanden, reichliche Nahrung. Trotz großer Anstrengung der Feuerwehre sind sieben Säle zum größten Teil ausgebrannt und zerstört. Auch Kleidungsstücke der Arbeiter sind vielfach ein Raub der Flammen geworden. Der angerichtete Schaden wird auf 175000 M. geschätzt.

### Gerichts-Beitrag.

**Die Polizei im Berner Streit.** Aus Worum wird uns berichtet: Vor der Strafkammer des hiesigen 1. Landgerichts fand am Freitag wiederum ein Nachspiel zu dem Ende Juni d. J. vorge-



Kommunen Herzer Bergarbeiter-Ausstand halt. Auf der Anklagebank erscheinen: 1. der Redacteur des 'Volksworts' für den Wahlkreis Bochum, Paul Wolf, 2. der Redacteur der 'Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung', Rudolf Lebius (Dortmund). In Nr. 228 des 'Bochumer Volksblatt' vom 30. Juni 1899 erschien ein Artikel mit der Überschrift: 'Der Streik in Herze'. Der Artikel schildert das Eingreifen der Polizei während des Bergarbeiter-Ausstandes. Die Angeklagten erhielten deshalb eine Anklage und hatten sich nun wegen Verbreitung nicht erwiesener Thatsachen, die geeignet sind, die bei dem Herzer Ausstand dienstlich thätig gewesenen Polizeibeamten und Gendarmen in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, zu verantworten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Wolf zu 200 M. und Lebius zu 100 M. Geldstrafe.

### Aus der Frauenbewegung.

**Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse** veranstaltet am zweiten Weihnachtstages in den Arminköhlen, Kommandantenstr. 20, eine Weihnachtsfeier. Vom Programm sei hervorgehoben: Kinderbesprechung, Deklamation, Gesangsvorträge und Tanz. Billets a 50 Pf. sind zu haben bei: Frau Reich, Lohmeyerstr. 3, Frau Wondram, Pappelallee 128, v. I. Frau Roth, Koyperstr. 81, S. IV, Frau Thebe, Gr. Frankfurterstr. 63, Frau Müller, Wiesenstr. 30, II. Am recht zahlreichen Besuch unserer Mitglieder und Gäste littet. Der Vorstand.

**Die Anstellung von Schularztinnen** wird in Petitionen des Vereins Frauenstudium und des hiesigen Zweigvereins der internationalen Föderation an Magistrat und Stadtverordnete der Stadt Berlin verlangt. Das Verlangen basiert auf dem im Ausschusse des Stadtverordneten-Kollegiums beschlossenen Plane, vom 1. April 1900 an eine Anzahl Schularztinnen probeweise für zwei Jahre anzustellen und fordert die weiblichen Ärzte für die Schulmädchen. Sie halten das Verlangen für ganz berechtigt.

### Vermischtes.

**Vom Winter.** Auch heute Regen wieder aus allen Teilen Deutschlands Nachrichten über entsetzliche Kälte vor. Aus verschiedenen Gegenden werden Todesfälle durch Erfrieren gemeldet. Die Kälte ist durch den Frost überall hart gefallen und zum überwiegenden Teil zugefroren. Zahlreiche Flüsse sind eingefroren. In der Elbe- und Weserbindung kann der Verkehr nur noch mittels Eisdampfern aufrecht erhalten werden. Die Kälte in Deutschland schwankt zwischen -6 und -25 Grad. Das Moskalei hat sich zwischen Stern und Nemisch gestellt.

Der starke Schneefall verursacht in Belgien allgemeine Verkehrsstörungen. Auf den Lütticher und Luxemburger Linien hatten sämtliche Züge Verspätung. Der Postdampfer von Dover nach

Ostende konnte nicht abfahren. Aus verschiedenen Teilen des Landes werden Todesfälle durch Erfrieren gemeldet. — Seit vorgestern herrschen in ganz Italien bis Neapel bei strenger Kälte heftige Schneestürme, die überall großen Schaden angerichtet haben. Zahlreiche Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen. Gestern ist Regenwetter eingetreten, so daß Ueberschwemmungen zu befürchten sind.

**Auf der Grube Grauschein** ereignete sich wie aus Weizenfelds berichtet wird, ein entsetzlicher Unglücksfall. Der achtjährige (3) Arbeiter Scharf wollte den Fahrstuhl kontrollieren, als dieser plötzlich niederstürzte und den Greis buchstäblich zermalte. Der glücklich zugerichtete Verwundete starb sofort. Er war Kriegsinvalid und hatte zwei Feldzüge mitgemacht.

**Auf dem belgischen Postdampfer Leopold II.** fiel, wie man aus Ostende berichtet, der erste Maschinenführer über Bord und fand mit dem zweiten Maschinenführer, der ihn retten wollte, den Tod.

**Eine Todesfahrt in die Donau.** In der Gemeinde Plot (Zlaoonien), feierte der Grundbesitzer John Stefan Manjovits seine Hochzeit mit Marie Stanovic. Die Hochzeitsgesellschaft fuhr dann auf acht Schlitten nach dem Wohnort des Bräutigams. Der Weg führte über einen hohen Abhang neben der Donau. Die besorgten Kutcher ließen die Pferde ein, so daß diese förmlich dahinstürzten. Ploßig stürzte der erste Schlitten die 40 Meter hohe Böschung hinab in die Donau, die drei anderen Schlitten nach 10 Minuten, darunter auch das Brautpaar, fanden ihren Tod in den Wellen. Bisher konnten die Leichen nicht geborgen werden.

**Ein heftiger Seirocco** führte am Donnerstag wie aus Rom berichtet wird, in der Adria einen jähen Wettersturz herbei. Seit Mittag regnet es in Strömen.

**Ein schrecklicher Gattenmord** wird aus Lodz berichtet: Der Arbeiter Ruda erschlug seine Frau, während diese mit ihrem jüngsten Kinde im Bette ruhig schlief. Nachdem er ihr mit dem Beile die Kehle gespalten, schlug er der Verstorbenen mit einem zweiten Hieb den Kopf völlig vom Rumpfe ab. Darauf ging er ruhig zu seinen Schwiagereltern und erzählte die That mit äußerster Kaltblütigkeit. Dann stellte er sich der Behörde und erklärte, daß ihn die manjote Eifersucht seiner Frau zur That veranlaßt habe.

**Was der Reussport einbringt.** Die Gesamtgewinne der herbvorigen Fahrt Europas sollen sich nach dem Pariser 'Journal des Sports' in Francs wie folgt stellen: Walters 40 000, Guret 20 000, Taylor 25 000, Tommaselli 18 000, Jacquelin 13 000, Vouhours 12 000, Meyers 11 500, Anton Huber 11 035, Romo 8000, Franz Verbeeren 8200, Bourcillon 6200, Grogna 8000, Broca 7000, Couvet 7000, Seidl 6931, Singroffi 6825, Billy Renaud 6757.

#### Marktpreise von Berlin am 14. Dezember 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

*) Weizen	D-Ste	14,95	14,--	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,40
*) Roggen	"	14,75	13,80	Rohfleisch	1,80	1,--
*) Butter	Beide	14,--	13,--	Sammelfleisch	1,80	1,--
*) Käse	alt	15,20	14,50	Butter	2,80	2,--
"	mittel	14,40	13,70	Öl	60 Stck	6,--
"	gering	13,00	13,--	*) Hühner	1 kg	2,20
*) Rindfleisch	"	4,50	4,16	Käse	"	2,80
*) Schweinefleisch	"	7,30	4,40	*) Eier	"	2,50
*) Gänse	"	40,--	25,--	*) Schmalz	"	1,80
*) Gänsefleisch	"	45,--	25,--	*) Butter	"	1,80
*) Hühner	"	70,--	30,--	*) Schmalz	"	2,80
*) Enten	"	7,--	5,--	*) Mehl	"	1,20
*) Rindfleisch	Keule 1 kg	1,90	1,20	*) Roggen	per Stck	12,--
do	Band	1,20	1,--			

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungsschritte — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner. \*) Kleinhandelspreise.

**Produktenmarkt vom 15. Dezember.** Am heutigen Getreidemarkt zeigte sich bei stillem Verkehr feste Tendenz auf der Basis der letzten mildernden Kälte und höheren Notierungen an den nordamerikanischen Börsen. Für Roggen machte sich einiged Bedingungsbedürfnis per Dezember geltend. Auch Effektivmarkt dieses Artikels, der aus Nordland wieder reichlich überflutet war und daraufhin später leicht nachgab, wurde per Februar-Märzabladung gehandelt. Weizen wurde per Dezember nicht umgelenkt, späterer Terminen legten etwas höher ein, geben jedoch durch neuere, glänzendere Gütereinträge aus Argentinien gleichfalls nach. Beide Sorten artitel schlossen ungefähr wie gestern. Bezahlt wurde für Weizen pro Mat 151, Juli 153, M für Roggen pro Dezember 147, Mat 143, Juli 141 M. Voller tag still und schwacher. Rüböl 20 M anziehend, da Abgeber für Saat fehlen.

Am Spiritusmarkt wurde loco 70er mit 47,00 unanändert gehandelt. Termine waren bequemer.

#### Wetterprognose für Sonntag, den 16. Dezember 1899.

Einmal gelinder, ziemlich trübe mit Schneefällen und schwachen nördwestlichen Winden.

Stationen	Baromet.	Windrichtung	Witterung	Temp. u. d. G.
Eintrunde	757,5	SW	1 Nebel	-15
Frankfurt	757,5	SW	2 bedeckt	-9
Berlin	757,5	SW	2 bedeckt	-15
München	757,5	SW	1 bis bed.	-10
Hamburg	752,5	SW	4 Schnee	-11
Wien	751,5	SW	5 Schnee	-1

Wetterprognose für Sonntag, den 16. Dezember 1899. Einmal gelinder, ziemlich trübe mit Schneefällen und schwachen nördwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Achtung! Achtung!

#### Socialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

An Stelle der am 14. Dezember angedachten Versammlung findet am **Sonntag, den 16. Dezember**, abends 8 1/2 Uhr, im **Alten Schützenhause**, Lindenstraße 5, eine neue Versammlung statt.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: Flottenverlage und Kapitalmarkt. Referent: Genosse Rechtsanwalt **Dr. Karl Liebkecht**. 2. Diskussion 3. Vereinsangelegenheiten. 24/10

Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

#### Bezirkssammlung Moabit

am Sonntag, den 17. Dezember cr., vormittags 10 1/2 Uhr, Stromstraße Nr. 28.

Tages-Ordnung: 1. Lohn- oder Accordarbeit. Referent: Kollege **Maas**. 2. Diskussion. 3. Wahl der Werkschaft-Kontrollkommission. 4. Verbands- und Werkschaftsangelegenheiten. 27/10

Bleibt aller Kollegen ist es, zu erscheinen.

### Achtung, Vertrauensmänner!

Heute, Sonntag, werden auf den Jahrestellen die Fragebogen bezüglich Accord- oder Lohnarbeit ausgegeben. Wir erlauben die Vertrauensmänner jeder Werkschaft, sich einen solchen Fragebogen zu besorgen und denselben nach baldmöglichster Ausfüllung, und zwar bis Sonntag, den 23. Dezember, auf den Jahrestellen oder im Arbeitsnachweis, Annenstr. 30, abzugeben.

Sonntag, den 30. Dezember, bleiben die Jahrestellen geschlossen.

### Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Unsere für Dienstag, den 19. Dezember, geschäftsordnungsmäßig festgesetzte Mitglieder-Versammlung fällt aus.

Die nächste Versammlung findet am **9. Januar 1900** in Feuerhofs Saal, Alte Jakobstraße 75, statt.

### Sonntag, den 31. Dezember 1899, in Stecherts Festsälen, Andreasstrasse 21:

## Große Silvester-Feier

#### Vokal- und Instrumental-Konzert,

ausgef. von der Hauskapelle unter Mitwirk. des Buchbinder-Männerchors.

Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**

Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

#### Silvester-Scherze.

Anfang des Konzerts 6 Uhr. Abendessen findet nicht statt.

Billets a 25 Pf. sind in sämtlichen Zahlstellen, bei den Werkschaften, Vertrauenspersonen sowie im Bureau, Annenstr. 50, zu haben. 29/4

Um regen Betrieb der Billets erludt **Die Crösöverwaltung.**

### Neu eröffnet.

#### Café-Lokal S. Borger, Seibel, Strahe Nr. 17.

Kaffee 10, 15; Thee, Milch 10; Chokolade 15; Kakaos 20; Weiz u. Baur. Bier Glas 10; Bismarck Stunde 40. Große Zeitungsauswahl. Sonntags Speiten zu jeder Tageszeit. 32/10

### Wo? beim alten Freund.

Die schönsten Weihnachtsgeschenke für Jung und Alt zu bekannt billigsten Preisen.

## Grosse Fänge, Preise billiger!

### Seehecht, der so sehr beliebt ist, zum Kochen wie zum Braten sehr empfehlenswert,

pro Pfund 35 Pf., im Anschnitt 45 Pf. pro Pfund

### Knurrhahn (Seeforelle) pro Pfund 20—25 Pfg.

### Bratflundern pro Pfund 20 Pfg. (3-Pfund 50 Pfg.)

### Rotzungen pro Pfund 35—40 Pfg.

sowie: **Schellfisch, Cabliau, Seelachs, See-Aal, Heilbutt, Scholle, Steinbutt, Seezunge etc., ebenfalls billig!**

Ferner: geräucherter See-Aal 50 Pfg. Weser-Spickal 95 Pfg. Flandern 60 Pfg. Roche (bester Ersatz für Stein) 50 Pfg. Schellfisch 40 Pfg. Knurrhahn 50 Pfg. Seelachs 50 Pfg. pro Pfund.

## Neu! Fischsülze pro Pfund 50 Pfg. Neu!

## See-Aal in Aspice pro Pfund 50 Pfg.

empfehlen die Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

in ihren 6 Verkaufsstellen:

<b>Haupt-Filiale:</b> Berlin C. 22, <b>Bahnhof Börse</b> , Bogen 9-10.	<b>No. III. Berlin NW.</b> Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstr., Stadtbahnhof 388/9 (Centrallager).	<b>No. V. Berlin N. (Wedding),</b> <b>Reinickendorferstr. 1,</b> Eingang Schulzendorferstrasse.
<b>No. II. Charlottenburg,</b> <b>Wilmsdorferstr. 10/11,</b> am Wilhelmplatz.	<b>No. IV.</b> <b>Im Schlessischen Bahnhof</b> <b>Madaistr. 22.</b>	<b>No. VI. Prinzenstr. 30,</b> <b>zwischen Horitzplatz u.</b> <b>Ritterstrasse.</b>

### Verein der Maschinenisten, Heizer und Berufsgenossen

Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 17. Dezember cr., nachmittags 5 Uhr, in Cohns Festhale, Deubhstraße 20:

## Versammlung.

Tagesordnung:  
Berufsangelegenheiten. 150/2 Der Vorstand.

### Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Andreasstr. 26:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Der Beruf der Möbelpolierer früher und jetzt. Meierent: Kollege **Reuter**. 2. Bericht über den Ausstand der Kollegen von Vahorn. 3. Abrechnung der Urantablässe, die nicht zurückgegebenen Biletts gelten als Verlust! Da die letzte Generalversammlung beschlossen hat, daß in dem Jahresbericht die Namen der Mitglieder und wie lange in diesem Jahre bezahlt, mitgeteilt werden sollen, sind die Zahlstellen-Kassierer beauftragt, heute abends von 8-10 Uhr in sämtlichen Zahlstellen Beiträge in Empfang zu nehmen. (148/11) Der Vorstand.

### Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen, 23810

Prima Qualität 1,50 und 2,--

Die beliebtesten **Arbeitshüte** immer noch **1 Mk.**

früher 2 Mark. 4 u. 5. Jetzt **Kaiserstrasse 25 A.**

### Frühstücks-Suppen

### Gemüse- und Kraftsuppen

### Bouillon-Kapseln

### Suppen-Würze

## MAGGI

steits vorrätig bei **Franz Klemer**, N. Stralsunderstr. 36.

Eignen sich als praktische Weihnachtsgeschenke ganz besonders!

### Chrisbaumschmuck.

Größe Auswahl in Glas u. Porzellan, Engel, Lametta, Engelbäum, Konfekthalter etc. Ornaments in Datt, Chrisbaumdehng. Billigste Bezugsquelle für Händler u. Wiederverkäufer.

Am 11. S. & G. Saulsohn, Berlin C. 25, Kaiser Wilhelmstr. 19a, Nr. 3403.

### Hermann Howe & Co.

Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 39 (23847)

empfehlen sein reichhaltiges Lager aller Instrumente, Musikwerke, selbstspielend und zum Brechen, in allen Preislagen. — **Bele Guitare**, Rither mit Patent-Schulzele R. 13. — **Veierlaken** von R. 1,50. — **Harmonikon** von 3,25. — **Geigen** mit Koffer und Bogen von R. 10. — **Mundharmonika**, Trommeln, Musikspiele usw. in nur besser Qualität.

Geeine Fabrikation und Reparatur-Verhältnisse.

### Glaserie u. Vereinsgeschäft

#### Max Richter, Grüner Weg 65.

Empfehle mein Lager von sämtlichen sozialistischen Bildern u. Büchern nebst Einrahmung, und Kupfer u. Stahlstiche. — **Boatbefahrung.** (31880)

## Eine Schenswürdigkeit

# 7 Puppen,

## zu Weihnachten umsonst

# Carl Schloss

## Wienerstrasse 22,

Ecke Grünauerstrasse.



# Julius Lindenbaum

Grosse Frankfurterstr. 141, **BERLIN O.**, Grosse Frankfurterstr. 141,

Eckhaus der Fruchtstrasse.

8 grosse Schaufenster, 18 Bogenlampen, tageshelle elektrische Beleuchtung.

Eckhaus der Fruchtstrasse.

Grösstes Etablissement der Bezirke Ost, Nordost und Südost für

8331L\*

## Herren- und Knaben-Bekleidung.

Winterpaletots.

Sämtliche Sport- u. Jagd-Artikel.

berufskleidung.

Winterjoppen.

Specialität: Massanfertigung.

Reelle billigste Preise.



### Hüte

Herrenhüte von 1,50 an.  
Knabenhüte „ 1,00 „

### Pelzwaren

Schirme (größtes Lager).

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2.

Reinhold Wankel, Berlin N., Brunnenstrasse 163.

ältestes Geschäft der Brunnenstrasse, empfiehlt sein reichhaltiges Lager

### Brillanten, Uhren, Gold-, Silber- u. Alfenidewaren

Herren-Uhren mit Goldrand 7 Mark.  
Goldene Damen-Uhren, starke Gehäuse, von 20 M. an.

Gold. Herren-Uhren von 35 Mark an bis zu den feinsten Stücken, unter 3jähr. schriftlicher Garantie.

Grossartige schöne Schmucks in Opalen, Smaragden, Türkisen und Perlen.

Goldene Ketten, 8- und 14karätig, nach Gewicht.



Passende Weihnachtsgeschenke

Für Weihnachts-Einkäufe Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche nur eigenes Fabrikat, gute Stoffe und saubere Arbeit.



### Oscar Arnold

Hut-Engros-Geschäft.  
Dresdenerstr. 116, am Oranienplatz, (Kein Laden)

Einzelverkauf fehlerfreier Waare in grosser Auswahl:

Berrenhüte, weich von Mk. 1.25-4.-	1a Velourhüte (Seldensplüsch) Mk. 7.50
do. steif von Mk. 2.00-4.-	Herren-Mützen von Mk. 0.35-2.50
do. H. Haarhütze von Mk. 5.00-7.-	Kinder-Mützen von Mk. 0.25-1.50
Cylinderhüte von Mk. 4.00-11.-	Pelz-Mützen von Mk. 1.50-3.-
Chapeaux clagues von Mk. 5.00-12.-	Pelz-Hüllen von Mk. 1.50-30.-
Kinderhüte von Mk. 1.00-2.-	Pelz-Barettes von Mk. 1.25-10.-
Constrmandenhüte von Mk. 1.25-2.-	Pelz-Kragen u. Collars v. Mk. 1.50-10.-

Sehr vortheilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!

Bitte obige Firma zu beachten, da ich keine Zweiggeschäfte habe.

### J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4

Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner

**Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! Läuferstoffe!**

zu sehr billigen Preisen zum

### Ausverkauf!!

### Seiden-Hut-Fabrik

von

### Carl Renz,

3. Oranien-Strasse 3.

Schirm- u. Pelzlager. — Reelle Bedienung.

### Nur noch 6 1/2 Mark

losten unsere eleganten hochfein polierten Konzert-Accord-Zithern, 51 cm lang mit 25 Saiten, 6 Manualen, Ring, Schlüssel, Notenhalter, Stimmschaltung, Rollen und Schallbrett aus unedlerem Holz in ihrem wundervollen Ton u. in 1 Stunde erlernbar. Wer mehrere Instrumente kauft aufmerks. kann die von einer anderen Firma zu 6 Mk. ohne Verzicht angebotenen Zithern nur zu ca. 45 cm lang, also bedeutend minderwertiger wie viele tolle Zithern sind, die bei anderen noch 6 1/2 bis 8 Mk. kosten. Würdige 9 monatliche Zithern haben bei uns nur 10 1/2 Mk. 1. und 1 monatliche nur 13 1/2 Mk. Versand gegen Nachnahme, Porto 80 Pf. Katalog gratis. Jeder kann sich diese Prachtinstrumente, kein Risiko, wenn sie nicht aufpassen. Man best. bei uns bei der leistungsfähigsten Instrumentenfabrik, von

Sonne innerhalb einer Stunde die prachtvolle Gaudmuskul erlernen, die schönsten Nieder, Chorale und Tänze spielen. Dieselbe Zither auch 51 cm lang in etwas einfacherer Ausführung nur 6 Mark. Würdige große 9 monatliche Zithern kosten bei uns nur 10 1/2 Mark und 3 monatliche nur 7,80.

### Deutsch-Amerikan. Zithern Guitarre-Zithern Columbia

50 cm lang mit 5 Accorden, 5 Bässen, 41 Saiten und künstlichem Zubehör in ganz herrlicher Ausführung, in einer Stunde erlernbar, kosten bei uns keine 9 1/2, sondern nur noch 7 1/2 Mark. Dieselbe Zither mit Schalle und Darfenkopf kostet bei uns keine 12 1/2, sondern nur 11 1/2 Mark. 12 Notenschlüssel erhält jeder Besteller umsonst. Porto 80 Pf. Preisliste gratis und franco. Man kaufe keine unvollständig gearbeiteten Zithern, sondern best. bei der leistungsfähigsten ältesten und größten Neuenrader Harmonika-Fabrik von

### Severing & Co., Neuenrade i. W.

### Jede Dame spart Geld.

Um zu räumen Damenmäntel bedeutend unter Herstellungspreis.

Eine Partie Jacketts in Pelzbesatz auf Seidenfutter fr. Preis 10-30 Mk. jetzt 4-15 Mk.

Eine Partie Capes gefüttert a. Stoff, Krimmer, fr. Preis 10-75 Mk. jetzt 5-30 Mk.

Eine Partie Abendmäntel aus Stoff u. Wat. fr. Preis 10-75 Mk. jetzt 5-30 Mk.

Eine Partie Enspaletots in all. Länge, Sei. fr. Preis 20-45 Mk. Eine Partie denfalls u. Pelzbes. jetzt 15-30 Mk. (Länge 3 Mk.)

im Engros-Lager

Landsbergerstr. 59 (eine Treppe) Max Moscozytz. Sonntags geöffnet (kein Laden) bis 8 Uhr abends.

### Möbel

und Polsterwaren. Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. (31558)

Franz Tutzauer, Brunnenstrasse 152.

### Ausverkauf

wegen Berufswechsels! Uhren u. Goldwaren spottbillig.

### Georg Wagner,

Skaltzerstr. 126 (nahe dem Kottbuser Thor)

### Blusen-Fabrik

für alle Gewerke.

Blau Jacken, grade, schräge, m. Umlegekrag, mit Zug usw., von 1,25 bis 3,00.

Blau Hosen von 1,20 bis 3,00.

Kittel f. Maler, Mechaniker u. ähnl. Berufs von 1,75 bis 2,75.

Arbeitsblusen blau u. gestreift kleine v. 0,90-1,35, grosse v. 1,00-2,00.

Alle andere Arbeitsbekleidung zu billigsten Preisen.

### Louis Rosenthal,

C. Alexanderstrasse 63, schrägüber d. Franziskanerstrasse.

### Nur noch 6 Mark

fehlen unsere eleganten hochfein polierten Gemischt-Accord-Zithern, ca. 51 cm lang, mit 6 Manualen, 25 Saiten, Notenhalter, Schlüssel, Ring, Stimmschaltung, Rollen und Schallbrett aus unedlerem Holz in ihrem wundervollen Ton u. in 1 Stunde erlernbar. Wer mehrere Instrumente kauft aufmerks. kann die von einer anderen Firma zu 6 Mk. ohne Verzicht angebotenen Zithern nur zu ca. 45 cm lang, also bedeutend minderwertiger wie viele tolle Zithern sind, die bei anderen noch 6 1/2 bis 8 Mk. kosten. Würdige 9 monatliche Zithern haben bei uns nur 10 1/2 Mk. 1. und 1 monatliche nur 13 1/2 Mk. Versand gegen Nachnahme, Porto 80 Pf. Katalog gratis. Jeder kann sich diese Prachtinstrumente, kein Risiko, wenn sie nicht aufpassen. Man best. bei uns bei der leistungsfähigsten Instrumentenfabrik, von

Herfeld & Comp. Neuenrade i. W.

### Schönes Weihnachtsgeschenk.

### Schaukelstühle,

auch zum Fahren verkehrbar, 70 cm hoch, mit Leder eingehüllt, abwaschb. Lederstiel, Steighölzer u. 6 Ritz. ab. Bahn hier per Nachnahme oder Boreinladung, Otto Sündershauf, Holzspielzeugfabrik, Rautentrans 1. S.

### Polyphon

Selbstspielende Musikwerke, zum Preise von 20Mk. aufwärts liefern gegen Monatsraten

3 Monate 6 Monate Garantie Cataloge gratis

### Bial, Freund & Co. Breslau.

### Zu kaufen gesucht:

Ältere sozialistische Literatur, Neue Zeit, Socialdemokrat, Vorwärts, Verbote, Zukunft, Volks-Zeitung, Volksstaat, Protokolle d. Social-Kongresse, Socialist, Rheinische Zeitung, Werke von Püttmann, Proudhon, Rodbertus, Marx, Engels, Lassalle, Bebel, Heineken, Westling, Hugo und andere social. Werke.

3271L\*

### C. Calvary & Co., Berlin, Neue Wilhelmstr. 1.

Herren- u. Knaben-Garderoben-Fabrik stellt zum billigen Verkauf, da Saison zu Ende, Joppen, Paletots, Schlafroben, Pyjamas, Anzüge, 139/16

Spandauerstr. 74, 75, 3 Treppen

Im Weihnachts-Ausverkauf enorm billig!

### Jackets

5, 6, 8, 10 Mk.

Stoff-Capes, befüttert, 10, 12, 15 Mk.

Krimmer-Kragen 6, 8, 10 Mk.

Seidenplüsch-Capes 20, 25 Mk.

Seidenplüschjackets 25, 30 Mk.

Stoff-Räder 12, 15, 20 Mk.

Wattierte Räder

Abend-Mäntel

grosses Lager in allen neuen Farben und Façons mit den neuesten Pelzarten garniert

10 Mk., 15 Mk., 20 Mk., 30 Mk.

### Fertige Kleider

Blusenkleid, sehr beliebt, Weihnachts-Geschenk, aus reinwollenem Winter-Cheviot

13 Mk. 50 Pf.

Eleg. Strassenkleid 20, 25, 30 Mk.

Balkkleider 15, 20, 25 Mk.

Schwarze Kleider 18, 20, 30 Mk.

Seidene Kleider 40, 50 Mk.

Abendkleid mit durchbrochener Seidenpasse 20 Mk., aus heftigem Stoff, mit feinem Revers, sehr chic

Form, 25 Mk.

Unterröcke, Blusenhemden, Matinées und Morgenröcke

2 Mk. 3 Mk. 4 Mk. 5 Mk.

### Kleider-Röcke

in den neuesten Façons, schwarz und farbig, auf Futter

6 Mk., 7 Mk., 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk., aus Seide und Velour-Noir 20 Mk., 25 Mk., 30 Mk. (3200L\*)

### Zurückgesetzte Kleider

mit elegant. Seidengarnierungen früher 20 bis 50 Mk.

jetzt 9, 12, 15 Mk.

### Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.

Massanfertigung.

### Joppen,

von einer Vereinstlieferung zurückgeblieben, mit russischen, für Straße, Haus u. Arbeit. Gütliche Kostenpreis 79/3

Engel, Wäucher, 26.

### Christbaumschmuck.

Großartige Auswahl, billige Einkaufsquelle für Geschenke und Gaudier, Grunh. 24 L. 11825

### Ziehharmonika mit Spiral-Zitter-Apparat.

Auffechen erregende Reizheit. Preis nur 5 Mk.

Diese Trompeten-Fanfaren-Harmonika, 35 cm hoch, hat einen ganz großartig fröhlichen zitterigen modulationsfähigen Orgelton. Mittels des neuen Zitterapparates, welcher mit Spiralfederung versehen ist und infolge dessen einen herrlichen und lieblichen Zitterton hervorbringt, kann man die Musik beliebig zum Tremolieren oder Jittern bringen, ähnlich wie bei italienischen Drehorgeln. Dieses Instrument zeichnet sich gleich, ob Zitterapparat in oder außer Tätigkeit, durch seine sehr leichte Stimmanlage und überaus schön klingende aus. Außerdem

ist dieses Instrument versehen mit 48 dreien Stimmen, 10 Tönen, garantiert unzerbrechlichen Spiralfederung, unzerbrechlichen Stahl- und Lattenklappenfedern, extra guten Doppelböden, 3 Kontrabässen, 3 Registern (wie Klaviatur) offener Klaviatur mit Klaviatur, hochfeinen Klaviaturklappen und Verzierung, Metall-Volldruckfedern. Durch Raffinesse können wir dieses großartige Instrument nicht neuerer Selbstherstellung für 5 Mark liefern. Keine Konkurrenz im ganzen Deutschen Reich ist im Stande, diese Harmonika mit unserm Spiral-Zitter-Apparat zu liefern. Jährliche Instrumente mit 3 ersten Registern kosten nur 6 Mark, 4-8 Register, 4 erste Register 7 1/2 Mark, 8 Register, 6 erste Register 11 1/2 Mark, Dreizehner mit 4 Bässen, 19 Tönen 9 1/2 Mark, mit 21 Tönen 10 Mark. Renardartiges Klavienspiel 30 Pf., extra. Trompeten-Fanfaren-Harmonika Größe 35 cm ohne Zitter-Apparat aber in hochfeiner Ausführung, man hört und spürt, nur 4 1/2 Mark. Kaufen Sie also nicht von solchen Firmen, die wegen ihres kleinen Umlages nicht so billig liefern können. Andererseits angebotene Instrumente zu 4,25 sind minderwertiger. Kein Risiko, wir zahlen Geld zurück, wenn dieses nicht der Wahrheit entspricht. Kaufen Sie keine Harmonika mit Zitter-Apparat, an welcher der letztere nicht mit unserer Spiralfederung versehen ist, da diese nicht den schönen Zitterton hervorbringt. Man kaufe auch keine fortwährende Tremolo, die sich gar nicht durch Registerzug abstellen lassen. Unser Zitterapparat ist der beste und weist mit Spiralfederung auch von härtester Wirkung. Verpackung umsonst. Nachnahme Porto 80 Pf. Versand gegen Nachnahme. Preisliste gratis und franco. Man best. bei der

ältesten u. grössten Neuenrader Harmonika-Fabrik von Severing & Co., Neuenrade i. W.

### Cylinder-Hüte

kauf man am billigsten direkt in der Fabrik.

### Chapeaux clagues,

weiche und feste Filzhüte zu billigen Preisen bei

### Max Radtke, Blumenstr. 39,

Ecke Andreasstrasse (kein Laden).

### Gohlen und Absätze umsonst

erhält jedermann, der ein Paar Schuhe oder Stiefel im Preise von Mk. 5,50 an gekauft.

### Heinrichs billiger Schuh-Laden,

Köpnickstrasse 56. 3040L\*